

Stadtwerke Halle GmbH,
Halle (Saale)

Prüfung des Konzernabschlusses
zum 31. Dezember 2017 und des
Konzernlageberichtes für das Geschäftsjahr 2017
(Testatsexemplar)

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der

**Stadtwerke Halle GmbH,
Halle (Saale)**

aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des von dem Konzernabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und von dem Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens- Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), 25. Mai 2018



Kanne

Wirtschaftsprüfer



BRV_{AG}
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Liehr

Wirtschaftsprüfer



Anlagen

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017
- Anlage 2 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017
- Anlage 3 Konzernanhang für das Geschäftsjahr 2017 einschließlich
Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2017
- Anlage 4 Konzern-Kapitalflussrechnung 2017
- Anlage 5 Konzern-Eigenkapitalspiegel 2017
- Anlage 6 Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017

KONZERNBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2017

AKTIVSEITE			PASSIVSEITE		
	31.12.2017	31.12.2016		31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR		EUR	EUR
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Gezeichnetes Kapital	30.000.000,00	30.000.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.218.358,31	3.276.511,28	II. Kapitalrücklage	33.018.716,79	33.032.439,40
2. Geleistete Anzahlungen	151.341,74	189.623,24	III. Erwirtschaftetes Kapital		
	3.369.700,05	3.466.134,52	Gewinnrücklagen der einbezogenen Unternehmen	246.435.356,65	235.635.113,57
II. Sachanlagen			IV. Nicht beherrschende Anteile	-1.189.513,49	-1.127.768,09
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	131.373.176,86	141.975.750,31		308.264.559,95	297.539.784,88
2. Technische Anlagen und Maschinen	862.414.890,26	876.268.213,68	B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge	353.608.497,12	338.785.497,59
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.900.748,37	18.971.777,65	C. Rückstellungen		
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	88.620.369,78	43.165.790,34	1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.223.046,00	1.167.162,00
	1.103.309.185,27	1.080.381.531,98	2. Steuerrückstellungen	8.964.452,62	12.486.233,03
III. Finanzanlagen			3. Sonstige Rückstellungen	135.246.191,33	145.651.482,77
1. Anteile an verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	25.000,00	107.500,00		145.433.689,95	159.304.877,80
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	9.506.901,62	10.516.998,10	D. Verbindlichkeiten		
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	13.531.489,72	13.375.736,10	1. Anleihen	25.501.360,35	25.501.360,35
4. Sonstige Ausleihungen	5.944.240,31	5.944.188,04	2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	367.513.293,03	369.342.967,06
	29.007.631,65	29.944.422,24	3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	421.216,49	676.341,53
	1.135.686.516,97	1.113.792.088,74	4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.375.753,63	48.996.163,15
B. Umlaufvermögen			5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen	25.480,93	21.903,47
I. Vorräte			6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.160.499,86	812.483,58
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.868.722,77	6.569.165,25	7. Sonstige Verbindlichkeiten	61.384.134,57	62.912.828,11
2. Unfertige Leistungen	1.764.482,64	1.446.194,93	davon aus Steuern: EUR 6.420.592,55 (Vorjahr: EUR 9.162.744,17) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.678,60 (Vorjahr: EUR 13.471,54)		
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	107.036,75	123.480,61		504.381.738,86	508.264.047,25
4. Geleistete Anzahlungen	392.483,86	216.055,36	E. Rechnungsabgrenzungsposten	13.963.693,16	14.041.422,11
	9.132.726,02	8.354.896,15	F. Passive latente Steuern	898.592,27	1.411.882,43
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	60.975.227,76	49.768.200,63			
2. Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen	0,00	1.116,91			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	267,15	34.363,33			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	61.401.542,82	22.083.267,09			
	122.377.037,73	71.886.947,96			
III. Wertpapiere					
Sonstige Wertpapiere	124.113,96	85.321,44			
	124.113,96	85.321,44			
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks					
	54.992.240,79	121.806.542,85			
	186.626.118,50	202.133.708,40			
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
	4.238.135,84	3.421.714,92			
	1.326.550.771,31	1.319.347.512,06		1.326.550.771,31	1.319.347.512,06

KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DEN ZEITRAUM VOM 01. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2017

	2017 EUR	2017 EUR	2016 EUR
1. Umsatzerlöse		630.833.087,07	568.754.212,10
2. Erhöhung (+) oder Verminderung (-) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		294.677,71	-381.564,17
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		9.347.133,31	8.598.456,18
4. Sonstige betriebliche Erträge		64.273.124,09	67.587.827,40
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	185.912.327,30		168.662.651,96
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	208.835.987,09		170.860.216,87
		394.748.314,39	339.522.868,83
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	112.271.573,70		110.782.417,32
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 3.571.359,57 (Vorjahr: EUR 4.298.572,70)	25.808.369,84		25.943.029,22
		138.079.943,54	136.725.446,54
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		84.930.887,72	73.146.862,96
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		60.531.534,09	61.964.439,80
9. Erträge aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 577.608,45 (Vorjahr: EUR 3.055.407,79)		754.715,17	3.065.527,81
10. Verluste aus Beteiligungen davon aus assoziierten Unternehmen: EUR 17.208,70 (Vorjahr: EUR 22.080,50)		17.208,70	22.080,50
11. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		51.151,32	1.622.478,82
12. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		663.831,12	648.702,95
13. Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00	0,00
14. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		15.379.727,48	17.356.198,14
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag davon aus bilanzierten latenten Steuern: EUR -139.507,90 (Vorjahr: EUR -139.507,90)		305.978,32	8.317.008,32
16. Ergebnis nach Steuern		12.224.125,55	12.840.736,00
17. Sonstige Steuern		1.420.191,96	1.147.332,53
18. Konzernjahresüberschuss		10.803.933,59	11.693.403,47
19. Einstellung in andere Gewinnrücklagen		10.800.243,08	11.680.995,83
20. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		3.690,51	12.407,64
21. Konzern-Bilanzgewinn		0,00	0,00

Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

Anhang zum Konzernabschluss zum 31. Dezember 2017

I. Allgemeine Angaben zum Konzernabschluss

Die Stadtwerke Halle GmbH mit Sitz in Halle (Saale) ist beim Amtsgericht Stendal unter HRB-Nr. 210568 eingetragen.

Der Konzernabschluss ist auf den Stichtag des Jahresabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH (SWH), den 31. Dezember 2017, aufgestellt. Die Jahresabschlüsse aller zum Konsolidierungskreis gehörenden Konzernunternehmen sind ebenfalls zum 31. Dezember 2017 aufgestellt.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind auf der Grundlage des Handelsgesetzbuches und den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt. Für den Jahresabschluss der Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft, Halle (Saale), fanden zudem die Vorschriften des Aktiengesetzes und die Verordnung über die Gliederung des Jahresabschlusses von Verkehrsunternehmen Anwendung.

Die Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen sind außerdem einheitlich nach der „Richtlinie für die Erstellung der Einzelabschlüsse der Tochterunternehmen und des Konzernabschlusses der Stadtwerke Halle GmbH“ vom 12. Januar 2017 aufgestellt.

Die Gliederung der Konzernbilanz sowie der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen § 298 Abs. 1 HGB i. V. m. §§ 265, 266 und § 275 HGB mit Ausnahme der konsolidierungsspezifischen Posten und weiteren, den Besonderheiten von Konzernunternehmen entsprechenden Posten.

Der Konzernabschluss wurde unter Berücksichtigung der vollständigen Verwendung des Konzernjahresergebnisses aufgestellt.

13.	Servicegesellschaft Saale mbH, Halle (Saale) (SGS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HAVAG)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	133.834,87
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017)	EUR	1.747,97
14.	RAB Halle GmbH, Halle (Saale) (RAB)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	1.707.907,42
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017, EAV)	EUR	0,00
15.	Cives Dienste GmbH, Halle (Saale) (Cives)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über HWS)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017, EAV)	EUR	0,00
16.	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau, Halle (Saale) (AWH)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	4.975.701,64
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017)	EUR	459.037,10
17.	Stadtbeleuchtung Halle Service GmbH, Halle (Saale) (SHS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	25.000,00
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017, EAV)	EUR	0,00
18.	Heizkraftwerk Halle Trotha GmbH, Halle (Saale) (KWT)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	9.038.567,79
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017)	EUR	4.325.411,33
19.	Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS)		
	Anteil am Kapital	%	100,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	289.859,45
	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres (2017, EAV)	EUR	0,00

Zum 31. Dezember 2016 war die SWH mit einer Beteiligungsquote von 100% an der Hafen Halle GmbH (HFH) beteiligt. HFH wurde als vollkonsolidiertes Tochterunternehmen in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 einbezogen. Die HAVAG hielt zum 31. Dezember 2016 100% der Anteile an der Saalebus GmbH. Diese wurde in Anwendung des § 296 Abs. 2 HGB jedoch nicht in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2016 einbezogen. Zum 12. Dezember 2017 erwarb die SWH 100% der Anteile an der Saalebus GmbH von der HAVAG. Die Saalebus GmbH wurde anschließend umformiert in Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS). Rückwirkend zum 30. Juni 2017 wurde der operative Teil der HFH auf die Saalebus GmbH (bzw. nunmehr CTHS) abgespalten. Der verbleibende Teil der HFH (i.W. Anlagevermögen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Forderungen aus Ergebnisabführung per 01. Juni 2017) wurde auf die SWH verschmolzen. Zum 31. Dezember 2017 wird die CTHS als vollkonsolidierungspflichtiges Tochterunternehmen in den Konzernabschluss einbezogen.

Auf die Einbeziehung der nachfolgenden Gesellschaft in den Konzernabschluss der SWH wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB verzichtet, da ihr Jahresergebnis, ihre Umsatzerlöse und ihre Bilanzsumme weniger als 1 % des Konzernjahresergebnisses und Konzernumsatzes ausmachen:

1.	Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	100,0 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	22.665,97
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2017)	EUR	4.771,39

2. Assoziierte Unternehmen

Gemäß § 311 Abs. 1 HGB werden vier Unternehmen mit Sitz im Inland als assoziierte Unternehmen in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die im Vorjahr als assoziiertes Unternehmen erfasste OBS Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH, Halle (Saale) (OBS), an welcher die HAVAG 51,0 % der Anteile hielt, wurde mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2017 veräußert.

1.	A/V/E GmbH, Halle (Saale) (A/V/E)		
	Anteil am Kapital	%	23,9
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	3.358.342,90
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2017)	EUR	1.289.476,05
2.	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH, Halle (Saale) (FSA)		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	42.264,01
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2017)	EUR	-34.417,40

3.	Meter 1 GmbH & Co. KG, Halle (Saale)		
	Anteil am Kapital	%	33,3 (mittelbar über EVH)
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	307.604,70
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2017, vor Gutschrift auf Kapitalkonten)	EUR	-14.915,37
4.	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH (RES), Sangerhausen		
	Anteil am Kapital	%	50,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2017	EUR	3.458.182,04
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2017)	EUR	354.577,95

3. Beteiligung an übrigen Unternehmen

	Energie-, Wasser- und Abwassergesellschaft Geiseltal mbH, Braunsbedra (EWAG)		
	Anteil am Kapital	%	20,0
	Eigenkapital zum 31. Dezember 2016	EUR	2.529.236,73
	Ergebnis des Geschäftsjahres (2016)	EUR	630.045,44

III. Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen erfolgt gemäß § 301 Abs. 1 HGB. Dabei werden die Beteiligungsbuchwerte des Mutterunternehmens mit dem zum Zeitpunkt ihres Erwerbes entsprechenden Betrag des Eigenkapitals des Tochterunternehmens aufgerechnet mit Ausnahme der WER, der Cives, der RAB und der CTHS (vormals Saalebus), für die die Beteiligungsbuchwerte der HWS und der SWH mit dem Eigenkapital der WER, der Cives, der RAB und der CTHS zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung am 31. Dezember 2007 (WER), 1. Januar 2009 (Cives), 31. Dezember 2008 (RAB) und 31. Dezember 2017 (CTHS) aufgerechnet wurden. Die Einbeziehung der Tochterunternehmen der HWS (W+H, WER, Cives), der EVH (Netzgesellschaft Halle, KWT) und der HAVAG (SGS) erfolgte in Form der Simultankonsolidierung. Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung wurde auf Erwerbsvorgänge, die vor dem 1. Januar 2010 erfolgt sind, die Buchwertmethode angewendet. Auf nach diesem Stichtag erfolgte Erwerbsvorgänge findet die Neubewertungsmethode Anwendung.

Ein aus der Aufrechnung des Beteiligungsbuchwerts des Mutterunternehmens mit dem Eigenkapital des Tochterunternehmens entstehender aktiver Unterschiedsbetrag wird als Geschäfts- und Firmenwert innerhalb des immateriellen Anlagevermögens ausgewiesen und planmäßig abgeschrieben.

Der Ausweis der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode erfolgt mittels der Buchwertmethode gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile. Der Konzernanteil am Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag der assoziierten Unternehmen wird entsprechend der vorliegen-

den geprüften bzw. ungeprüften (bei nicht prüfungspflichtigen Unternehmen) Jahresabschlüsse periodengleich dem Anteilswert zugeschrieben bzw. vermindert diesen; vereinnahmte Gewinnausschüttungen von assoziierten Unternehmen werden im Jahr des Zuflusses vom Anteilswert abgesetzt. Für diese Gesellschaften sind die letzten vorliegenden Jahresabschlüsse zugrunde gelegt worden.

Die am Bilanzstichtag fortgeführten aktiven Unterschiedsbeträge aus der erstmaligen Anwendung der Equity-Methode, die auf stille Reserven in Beteiligungen entfallen, betragen TEUR 9.625; die fortgeführten passivischen Unterschiedsbeträge belaufen sich auf TEUR 92.

Ausleihungen und andere Forderungen, Verbindlichkeiten sowie aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten zwischen den konsolidierten Gesellschaften werden gegeneinander aufgerechnet, konzerninterne Rückstellungen werden aufgelöst.

Umsatzerlöse und andere Erträge zwischen den konsolidierten Unternehmen werden im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als andere aktivierte Eigenleistungen auszuweisen sind.

Die Auswirkungen aus den erfolgswirksamen Konsolidierungsvorgängen des Vorjahres wurden mit den anderen Gewinnrücklagen verrechnet. Die vereinnahmten Gewinnausschüttungen der assoziierten Unternehmen für 2017 mindern den Beteiligungsbuchwert.

IV. Erläuterungen zur Konzernbilanz und Konzern-Gewinn- und -Verlustrechnung

A. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der Einzelabschlüsse der konsolidierten Unternehmen und unter Beachtung der Grundsätze der §§ 290 bis 315 HGB erstellt.

Wie im Vorjahr werden die im Konzernabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden einheitlich nach den Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen der SWH bilanziert.

Auf eine Anpassung der der Equity-Bewertung der assoziierten Unternehmen zugrundeliegenden Vermögensgegenstände und Schulden auf konzerneinheitliche Bewertungsmethoden wurde unter Bezugnahme auf den Grundsatz der Wesentlichkeit verzichtet.

Besondere Ansatz- und Bewertungswahlrechte im Rahmen der Erstellung des Konzernabschlusses wurden nicht wahrgenommen.

Aktiva

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen wurden ausgehend von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibungen bewertet. Zinsen für Fremdkapital wurden nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Bei der Ermittlung der Herstellungskosten selbst erstellter Anlagen sind neben den aktivierungspflichtigen direkt zugeordneten Einzelkosten auch angemessene Teile der Gemeinkosten sowie der Werteverzehr des Anlagevermögens einbezogen. Bei Maßnahmen im Bereich der HAVAG, für die die Gesellschaft Zuwendungen gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungs-, Entflechtungs-, Investitionsförderungs-, Regionalisierungsgesetz, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen-Anhalt erhält, beruht die Bewertung der aktivierten Eigenleistungen auf dem Eisenbahnkreuzungsgesetz i. V. m. der 1. Eisenbahnkreuzungsverordnung.

Die **planmäßigen Abschreibungen** auf immaterielle Vermögensgegenstände, Gebäude und Sachanlagen wurden linear entsprechend der wirtschaftlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Kraftwerke werden leistungsabhängig abgeschrieben.

Sofern angezeigt, wurden im Geschäftsjahr **außerplanmäßige Abschreibungen** aufgrund voraussichtlich dauernder Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen oder beibehalten.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungs- bzw. Herstellkosten von maximal EUR 410 werden im Jahr ihrer Anschaffung bzw. Herstellung voll abgeschrieben.

Die **Finanzanlagen** wurden mit Ausnahme der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen mit den Anschaffungskosten ausgewiesen. Sofern angezeigt, wurden die Anschaffungskosten um außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vermindert bzw. mit ihrem Erinnerungswert angesetzt. Sofern die Gründe für die voraussichtlich dauerhafte Wertminderung entfallen sind, werden die Finanzanlagen auf ihre ursprünglichen Anschaffungskosten gemäß § 253 Abs. 5 HGB zugeschrieben. Die Beteiligungsbuchwerte an den assoziierten Unternehmen wurden unter Berücksichtigung der anteiligen Jahresergebnisse und der vereinnahmten Ausschüttungen fortgeschrieben.

Die **Ausleihungen** (Allianz PortfolioKonzept) sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei der Anlage im Allianz PortfolioKonzept handelt es sich um eine ausschüttende Kapitalanlage. Etwaige Ansprüche auf Ausschüttung von erwirtschafteten Zinserträgen wurden der Kapitalanlage direkt zugeordnet und unter den Ausleihungen des Finanzanlagevermögens aktiviert.

Die Bewertung der **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** erfolgt unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu gleitenden Durchschnittspreisen anhand der Einstandspreise.

Unter den **Vorräten** werden unentgeltlich zugeteilte Schadstoff-Emissionsrechte ausgewiesen. Die Verpflichtung der Abgabe von Emissionsrechten bis zum 30. April des Folgejahres wurde gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1 HGB durch die Abgabe von unentgeltlich zugeteilten Emissionsrechten erfüllt.

Unfertige Leistungen sind mit den Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 HGB angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen die angefallenen Einzelkosten, angemessene Anteile an Gemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst wurde.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung von Pauschalwertberichtigungen und erforderlichen Einzelwertberichtigungen angesetzt. Davon abweichend ist das unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesene Körperschaftsteuerguthaben (§ 37 Abs. 4 KStG n. F.) zum 31. Dezember 2017 diskontiert mit einem risikolosen Zinssatz basierend auf Bundesanleihen mit fristenkongruenten Laufzeiten bewertet worden. Innerhalb der Forderungen werden erhaltene Abschlagszahlungen mit den abgegrenzten, noch nicht abgelesenen Strom-, Wärme- und Erdgasverbräuchen der Privat- und Gewerbekunden verrechnet.

Unter Beachtung der Regelungen der Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt vom 19. September 2016 wurden die im Februar 2017 ausgegebenen **Schuldscheindarlehen** der AWH als Forderungen unter den sonstigen Vermögensgegenständen buchhalterisch erfasst. Ausschlaggebend für diese Verfahrensweise ist, dass diese Finanzanlagen einerseits als Sicherheiten für die Rekultivierung der Deponie beim Landesverwaltungsamt hinterlegt sind und andererseits eine jederzeitige Verwertbarkeit gewährleistet sein muss, um das Portfolio unter Beachtung der Anlagerichtlinie entsprechend der aktuellen Marktlage anpassen zu können.

Die **flüssigen Mittel** sind zu Nominalwerten aktiviert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthalten Prämienzahlungen für Zinscaps sowie Disagien für Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen. Sie werden über die vertraglich vereinbarten Zinsfestschreibungsperioden linear abgeschrieben.

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind nach § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Wert anzusetzen. Der Bewertung der Ansprüche aus Rückdeckungsversicherung für Pensionen und Ansprüche aus der Sicherung von Wertguthaben im Rahmen der Altersteilzeitregelung liegen Mitteilungen des Versicherungsunternehmens bzw. des Sicherungsunternehmens zugrunde.

Latente Steuern werden gemäß § 274 Abs. 1 HGB für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Dabei wurden auch latente Steuern auf quasi-permanente Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Bewertung der Beteiligungen in der Handels- und Steuerbilanz ergeben, berücksichtigt. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt, sofern diese in den nächsten fünf Jahren voraussichtlich zu einer Steuerentlastung führen. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis des kombinierten Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Stadtwerke Halle GmbH von aktuell 31,58 %. Der kombinierte Ertragsteuersatz umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag. Im Geschäftsjahr ergab sich unter Anwendung eines saldierten Ausweises (§ 274 Abs. 1 Satz 3 HGB) insgesamt eine aktive latente Steuer. Von dem Wahlrecht zum Ansatz des aktiven latenten Steuerüberhangs aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.

Aus Konsolidierungsmaßnahmen, insbesondere der erfolgswirksamen Schuldenkonsolidierung, resultieren passive latente Steuern TEUR 155 (Vj.: TEUR 297), welche gem. § 306 HGB im Geschäftsjahr 2017 passiviert wurden.

Aus der Erstkonsolidierung der KWT im Jahr 2016 ergab sich eine passive latente Steuer von TEUR 1.035, die analog zur Abschreibung der stillen Reserven im Kraftwerk bis zum Jahr 2019 ertragswirksam aufgelöst wird.

Passiva

Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse wurden in Höhe ihres Nennbetrages in den **Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und für Abnehmerbeiträge** eingestellt.

Außerdem werden hier erhaltene Fördermittel gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), Gesetz zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG), Investitionsförderungsgesetz (IFG), Regionalisierungsgesetz (RG), Europäischem Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Sachsen Anhalt (ÖPNVG LSA) sowie Investitionszuschüsse der Stadt Halle (Saale) und anderer Dritter zum Anlagevermögen und Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse ausgewiesen.

Die in den Sonderposten eingestellten Investitionszuschüsse wurden analog der auf die bezuschussten Anlagegegenstände im Berichtsjahr vorgenommenen Abschreibungen erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Erträgen aufgelöst.

Die bis zum 31. Dezember 2002 vereinnahmten Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag, vermindert um einen anteiligen Auflösungsbetrag in Höhe von 5,0 % des Nennbetrages, ausgewiesen. Ab dem 1. Januar 2003 vereinnahmte Abnehmerbeiträge/Baukostenzuschüsse sind zum Nennbetrag passiviert und werden über die Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögensgegenstände aufgelöst.

Rückstellungen für künftige Leistungen im Rahmen von Pensionen, Dienstjubiläen, Altersteilzeitaufwendungen und Sterbegeldern sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bewertet. Mit Ausnahme der Rückstellung für Verpflichtungen aus Altersteilzeitvereinbarungen werden diese nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die Pensionsverpflichtungen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck sowie Erwartungen über zukünftige Preis-/ Kostensteigerungen ermittelt. Dabei wurden eine angenommene Fluktuationsrate von bis zu 1 % und für das Finanzierungsalter die vorgezogenen Altersgrenzen gemäß RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz 2007 zugrunde gelegt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben bzw. zehn Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wurden ein Zins-

satz von 2,80% bzw. 3,68 % sowie eine erwartete Einkommenssteigerung und ein Rententrend von bis zu 2,5 % zugrunde gelegt.

Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen wurden unter Beachtung der Stellungnahme des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer zur Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen dotiert.

Zur Sicherung von Wertguthaben aus Altersteilzeitverträgen der Mitarbeiter sind entsprechende Mittel in Termingeldern und Wertpapiere angelegt. Sie sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrundeliegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurden Kostensteigerungen zwischen 0 % und 2,5 % berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Für die Abzinsung der Rückstellungen betragen die Zinssätze für 2017 je nach Restlaufzeit 1,33 % bis 2,94 %.

Gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB werden Rückstellungen, für die sich aufgrund der geänderten Bewertung eine Auflösung ergeben würde, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Diese Rückstellungen sind dann mit ihrem fortgeführten Wert nach HGB a. F. bewertet. Die Bewertung nach HGB i. d. F. d. BilMoG erfolgte zur Ermittlung des Betrags der Überdotierung. Insgesamt beträgt die Überdotierung im Konzern zum 31. Dezember 2017 TEUR 2.283 (Vj.: 3.521).

Die **Verbindlichkeiten** werden mit ihren jeweiligen Erfüllungsbeträgen bilanziert.

Derivative Finanzinstrumente werden einzeln mit dem Marktwert am Stichtag bewertet. Sind die Voraussetzungen zur Bildung von Bewertungseinheiten erfüllt, werden die Sicherungs- und Grundgeschäfte zu einer Bewertungseinheit zusammengefasst. Die Bilanzierung von Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“, d. h. die sich ausgleichenden Wertänderungen von Grund- und Sicherungsgeschäft werden bilanziell nicht erfasst.

B. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlageposten und ihre Entwicklung im Jahr 2017 einschließlich der Abschreibungen des Geschäftsjahres sind im Anlagenspiegel (Anlage zum Anhang) dargestellt.

Besonderheiten der Ver- und Entsorgungswirtschaft und des Öffentlichen Personennahverkehrs wurde durch eine weitere Untergliederung der technischen Anlagen und Maschinen im Anlagenspiegel Rechnung getragen.

Die Zugänge zu den Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen in Höhe von TEUR 578 die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen positiven Jahresergebnisse der assoziierten Unternehmen sowie in Höhe von TEUR 25 Zugänge zum Eigenkapital der assoziierten Unternehmen.

Die im Geschäftsjahr vereinnahmten Gewinnausschüttungen (TEUR 123) sowie die im Rahmen der Equity-Bewertung ermittelten anteiligen negativen Jahresergebnisse (TEUR 17) und der Abgang der OBS (TEUR 1.472) sind im Anlagenspiegel in der Spalte Abgänge zusammengefasst.

Nach einer Entscheidung des BVerwG kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) sämtliche Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH den klagenden Gemeinden zuordnen wird. Sollten hierzu rechtskräftige Entscheidungen vorliegen, hat die sogenannte „große GbR“, an der die Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH zu 50 % beteiligt ist, die von ihr gehaltenen Geschäftsanteile an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH an die Kommunen herauszugeben. In Vorjahren wurden Vorkehrungen gegen wirtschaftliche Nachteile getroffen.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Fristigkeit der Forderungen ist im folgenden Forderungsspiegel dargestellt:

	Restlaufzeiten		Gesamt TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	über 1 Jahr TEUR	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	55.461 (44.827)	5.514 (4.942)	60.975 (49.769)
Forderungen gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen (Vorjahr)	0 (1)	0 (0)	0 (1)
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	0 (34)	0 (0)	0 (34)
Sonstige Vermögensgegenstände (Vorjahr)	16.044 (21.757)	45.358 (326)	61.402 (22.083)
Gesamt (Vorjahr)	71.505 (66.619)	50.872 (5.268)	122.377 (71.887)

Von den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** bestehen TEUR 432 (Vj.: TEUR 457) und von den sonstigen Vermögensgegenständen TEUR 1.160 (Vj.: TEUR 29) gegen die Gesellschafterin Stadt Halle (Saale).

Die **Forderungen gegen verbundene (nicht einbezogene) Unternehmen** betrafen im Vorjahr sonstige Forderungen.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betrafen im Vorjahr mit TEUR 31 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände**, die rechtlich am Bilanzstichtag noch nicht entstanden sind, betreffen im Wesentlichen im Folgejahr abzugsfähige Vorsteuern (TEUR 1.547).

3. Sicherheitsleistungen

Von der AWH sind für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Sicherheiten zugunsten des Landes Sachsen-Anhalt zu erbringen. Die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung wurde auf Mio. EUR 129 festgesetzt. Für die Nachsorgephase wurde, unter dem Vorbehalt der späteren Neufestsetzung, eine Sicherheitsleistung von Mio. EUR 12,3 eingefordert. Mit Datum vom 21. Dezember 2017 erhielt die AWH den rechtsgültigen neunzehnten Änderungsbescheid zum „Bescheid zur oberen Begrenzung der geforderten Sicherheitssumme“ vom 18. Dezember 2006. Im Rahmen dieses Bescheides wurde die erforderliche Sicherheitsleistung für die Kosten der Stilllegung mit Mio. EUR 52,3 neu festgesetzt. Hierin berücksichtigt sind alle angefallenen Kosten und Erlöse im Rahmen der Stilllegung per 31. Dezember 2016. Zur Erbringung dieser Sicherheiten hat die AWH mit Wirkung zum 19. September 2016 eine neue Verpfändungsvereinbarung mit dem Landesverwaltungsamt unterzeichnet, welche die vorherige Verpfändungsvereinbarung vom 28. August 2007 vollständig ersetzt.

4. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Unter den Guthaben bei Kreditinstituten sind Festgelder (TEUR 186) ausgewiesen, die der Absicherung einer Avalkreditlinie dienen.

5. Rechnungsabgrenzungsposten

Im aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind gemäß § 250 Abs. 3 HGB Disagien in Höhe von TEUR 294 enthalten (Vj.: TEUR 374).

Zur Zinssicherung laufender sowie einer vorgesehenen variablen Fremdfinanzierung wurden auf der Grundlage von Rahmenverträgen für Finanztermingeschäfte Zinsbegrenzungsgeschäfte (Caps) erworben. Die darauf zu zahlenden Prämien wurden unter den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert und über den Zinnsicherungszeitraum linear abgeschrieben.

6. Eigenkapital

Die Entwicklung des Konzerneigenkapitals ist dem Konzernabschluss als gesonderte Anlage beigelegt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden der Kapitalrücklage der HWS TEUR 8.290 aus Vermögensübertrag des Abwasserzweckverbandes Elster-Kabelsketal zugeführt. Im Geschäftsjahr 2016 wirkten sich eine Korrektur der Vermögensübertragung in Höhe von TEUR 166 und im Geschäftsjahr 2017 in Höhe von TEUR 14 mindern auf das Konzerneigenkapital aus.

Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital

Gesellschaft	Fremdanteil	Eigenkapital
	%	EUR
WER	40	187.125,36
SGS	0	0,00
Maya mare	5,1	-1.376.638,85
		<u>-1.189.513,49</u>

Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn

Gesellschaft	Anteile Anderer
	EUR
WER	594,50
SGS	655,48
Maya mare	2.440,53
	<u>3.690,51</u>

Bislang war die HAVAG im Besitz von 51% der Anteile an der SGS. Mit Wirkung zum 15. Mai 2017 wurden die verbleibenden 49% der Anteile, welche sich bisher im Besitz von Dritten befanden, ebenfalls durch die HAVAG erworben. Der hier ausgewiesene Anteil anderer Gesellschafter am Gewinn stellt den bis zu diesem Zeitpunkt auf Dritte entfallenden Gewinn dar.

7. Rückstellungen

Die Fristigkeit der Rückstellungen ist dem folgenden Rückstellungsspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeit			Gesamt
	bis 1	1 bis 5	über 5	
	Jahr	Jahre	Jahre	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Rückstellungen für Pensionen	45	171	1.007	1.223
Steuerrückstellungen	8.964	0	0	8.964
Sonstige Rückstellungen	61.886	36.334	37.026	135.246
	<u>70.895</u>	<u>36.505</u>	<u>38.033</u>	<u>145.433</u>

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach Verrechnung mit dem Deckungsvermögen ausgewiesen. Unverrechnet beträgt die Rückstellung TEUR 1.410 und der Anspruch aus der Rückdeckungsversicherung TEUR 187.

In den Sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen enthalten:

	TEUR
Altersteilzeit	11.976
Urlaub, Mehrarbeit, Zeitkonten	3.721
Restrukturierungsaufwendungen, Sozialplan, Abfindungen	551
Jubiläen	952
Sonstige	5.274
Personalmrückstellungen	<u>22.474</u>
Stilllegung, Rückbau und Nachsorge Deponie	50.154
Ausstehende Eingangsrechnungen	10.657
Stilllegung, Rückbau und Sanierung von Versorgungs- und Transportnetzen und-anlagen	9.537
Stromsteuer	5.853
Unterlassene Instandhaltung	5.655
Prozessrisiken	4.286
Abwasserabgabe	4.085
Grunddienstbarkeiten	3.266
Drohende Verluste	2.574
Erdgassteuer	2.156
Entschädigungen	511
Objektsicherung	267
Übrige sonstige Rückstellungen	13.771
Sonstige übrige Rückstellungen	<u>112.772</u>
Summe sonstige Rückstellungen	<u>135.246</u>

Zur Sicherung der **Verpflichtungen aus Altersversorgung und Arbeitszeitguthaben** sind Wertpapiere des Umlaufvermögens und Termingeldanlagen in Höhe von TEUR 16.346 verpfändet und somit dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen. Die Vermögensgegenstände wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den entsprechenden Schulden verrechnet. Die Verpflichtung wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Dabei wurden Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,5 % p. a. berücksichtigt. Als Rechnungszins wurde der durchschnittliche Marktzinssatz der letzten sieben bzw. zehn Jahre verwendet (Bundesbankzins), der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit zwischen 1 und 7 Jahren ergibt. Er beträgt in Abhängigkeit der durchschnittlichen Restlaufzeit 1,26 % bis 2,32 %. Es wurden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde gelegt.

Die versicherungsmathematische Berechnung der **Jubiläumsrückstellung** erfolgt unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens. Dabei wurden ein Rechnungszins von 2,80 % sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von bis zu 2,50 % zugrunde gelegt. Die angenommene Fluktuationsquote beträgt bis zu 1,00 % p. a. Zudem wurden die Sterbetafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Bei der HAVAG wurden die Zinssätze gemäß den durchschnittlichen Restdienstzeiten, 2,02 % (Duration sieben Jahre) und 2,80 % (Duration 15 Jahre) berücksichtigt.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften wurde der Zeitraum für die Ermittlung der Durchschnittszinssätze zur Bewertung von Pensionsrückstellungen verlängert. Nach § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB sind Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen nunmehr mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn (anstatt bisher sieben) Geschäftsjahre abzuzinsen. Der sich aus der Anwendung der Neuregelung ergebende Unterschiedsbetrag beläuft sich auf TEUR 589, dieser Entlastungseffekt unterliegt bei der Gesellschaft nicht der Ausschüttungs-/ bzw. Gewinnabführungssperre nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB, da die nach Gewinnabführung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen den Unterschiedsbetrag übersteigen.

Aufgrund der geänderten Bewertungsregeln für langfristige Rückstellungen wären folgende Rückstellungen bei erstmaliger Anwendung des BilMoG am 1. Januar 2010 aufzulösen gewesen. Da absehbar ist, dass die aufzulösenden Beträge bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müssen, wurde für diese Rückstellungen vom Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht, indem die Auflösung unterlassen worden ist.

- Rückstellungen der SWH für drohende Verluste, Verpflichtungen für Vorruhestandsregelungen und Rückstellungen für die Aufbewahrung. Der Überdeckungsbetrag betrug zum 31. Dezember 2017 TEUR 65.
- Rückstellungen der EVH gemäß § 9 Abs. 1 Grundbuchbereinigungsgesetz und für Vorruhestandsleistungen. Zum Stichtag besteht eine Überdeckung in Höhe von TEUR 91.
- Rückstellungen der AWH zur Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge. Der Überdeckungsbetrag beläuft sich zum 31. Dezember 2017 auf TEUR 2.127.

8. Verbindlichkeiten

Die Fristigkeit der Verbindlichkeiten ist dem folgenden Verbindlichkeitspiegel zu entnehmen:

	Restlaufzeiten			Gesamt TEUR	durch Pfand- rechte oder ähn- liche Rechte ge- sichert TEUR
	bis 1 Jahr TEUR	1 bis 5 Jahre TEUR	über 5 Jahre TEUR		
Anleihen	501	0	25.000	25.501	10.000 ¹
(Vorjahr)	(501)	(0)	(25.000)	(25.501)	(10.000) ¹
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.753	128.227	205.533	367.513	203.263 ²
(Vorjahr)	(31.785)	(129.693)	(207.865)	(369.343)	(219.934) ²
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	389	32	0	421	
(Vorjahr)	(619)	(57)	(0)	(676)	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48.252	112	12	48.376	
(Vorjahr)	(48.915)	(69)	(12)	(48.996)	
Verbindlichkeiten gegen nicht einbezogene verbundene Unternehmen	25	0	0	25	
(Vorjahr)	(22)	(0)	(0)	(22)	
Verbindlichkeiten gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.161	0	0	1.161	
(Vorjahr)	(812)	(0)	(0)	(812)	
Sonstige Verbindlichkeiten	18.259	125	43.000	61.384	
(Vorjahr)	(19.696)	(20.718)	(22.500)	(62.914)	
Gesamt	102.340	128.496	273.545	504.381	
(Vorjahr)	(102.350)	(150.537)	(255.377)	(508.264)	

¹ Die Anleihen und TEUR 183.046 (Vj.: TEUR 196.477) der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind besichert durch Negativerklärungen in Form von Gleichbehandlungserklärungen mit Kenntnisnahme der SWH, Erklärungen zur Nichtbelastung des Grundbesitzes, Organschaftsrevers der SWH für die HWS und Letter of comfort der SWH für die HWS.

² Davon besichert TEUR 23.538 (Vj.: TEUR 23.457) durch Sicherungsabtretung bzw. -übereignung technischer Anlagen und Maschinen, durch eine modifizierte Ausfallbürgschaften der Stadt Halle bzw. durch ein Organschaftsrevers der SWH.

Die Anleihen betreffen Namensschuldverschreibungen inklusive Zinsabgrenzungen.

Mit dem Ziel die mittel- bis langfristige Finanzierungsfähigkeit der SWH - Gruppe zu sichern, hat die SWH GmbH als Kreditnehmer am 15. November 2017 einen Konsortialkreditvertrag abgeschlossen. Die Kreditierung an die Tochterunternehmen erfolgt über einen Rahmenvertrag für Gesellschafterdarlehen.

Zur Absicherung des in Anspruch genommenen Konsortialkredits in Höhe von TEUR 25.000 haftet die SWH GmbH als Schuldner, die HAVAG, die EVH GmbH und die HWS GmbH als Garantiegeber aus selbstständigen Garantieverprechen. Vertragspartner des Konsortialkredites sind die LBBW, die DKB, die DZ Bank AG, die ING BANK, die Investitionsbank Sachsen-Anhalt, die Helaba, die NORD/LB Luxembourg sowie die Nord LB Girozentrale.

Unter den **Verbindlichkeiten** aus Lieferungen und Leistungen werden TEUR 162 (Vj.: TEUR 60) und unter den sonstigen Verbindlichkeiten TEUR 611 (Vj.: TEUR 1.571) gegenüber der Gesellschafterin ausgewiesen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen (nicht einbezogenen) Unternehmen** betreffen mit TEUR 25 sonstige Verbindlichkeiten. Die **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, betreffen mit TEUR 1.160 Lieferungen und Leistungen.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die ausgewiesenen Umsatzerlöse gliedern sich wie nachfolgend dargestellt:

	2017 TEUR	2016 TEUR
Strom	247.653	228.862
Wasser/Abwasser	76.418	75.473
Gas	88.539	69.497
Wärme	52.519	56.569
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	46.397	44.369
Entsorgung	29.756	24.969
Reinigungsleistungen	12.424	12.174
EDV- / IT-Dienstleistungen	11.066	10.288
Hafen- und Dispositionsleistungen	599	9.946
Freizeit	6.511	6.118
Sonstige Erlöse	58.951	30.489
	<u>630.833</u>	<u>568.754</u>

Insgesamt wurden im Konzern **außerplanmäßige Abschreibungen** von TEUR 8.543 (Vj.: TEUR 1.899) auf das Sachanlagevermögen vorgenommen, welche im Wesentlichen aus der Neubewertung des Anlagevermögens im Zusammenhang mit der Verschmelzung der HFH auf die SWH resultieren.

Der Posten „**Erträge aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungserträge der assoziierten Unternehmens A/V/E und RES. „**Verluste aus Beteiligungen**“ umfasst die Beteiligungsverluste aus dem assoziierten Unternehmen FSA.

Im Jahresergebnis des Konzerns sind periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 1.297 (Vj.: TEUR 1.940) ausgewiesen. Im Wesentlichen entfallen diese auf Erlöse aus Schadenersatzleistungen, Rückerstattungen von Versicherungen und Rückzahlung von Konzessionsabgaben. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 1.281 (Vj.: TEUR 348) ausgewiesen.

Die **Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge** betreffen mit TEUR 67 (Vj.: TEUR 158) Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 10 (Vj.: TEUR 8) Erträge aus der Verrechnung Deckungsvermögen Pensionen. Verrechnet wurden TEUR 9 (Vj.: TEUR 10) aus der Aufzinsung von Altersversorgungsverpflichtungen und TEUR 19 (Vj.: TEUR 18) aus der Zeitwertbewertung der Rückdeckungsversicherung.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit TEUR 807 (Vj.: TEUR 1.304) Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen und mit TEUR 530 (Vj.: TEUR 713) Zinsaufwendungen aus der Verrechnung des Deckungsvermögens aus Altersteilzeitverpflichtungen. Verrechnet wurden TEUR 530 (Vj.: TEUR 716) aus der Aufzinsung und TEUR 0 (Vj.: TEUR 3) Zinserträge aus der Sicherung der Wertguthaben.

Im Jahresergebnis des Konzerns sind Erträge bzw. Aufwendungen von außergewöhnlicher Größenordnung oder Bedeutung enthalten. So sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen TEUR 3.438 aus der außerplanmäßigen Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse enthalten, welche aus der Verschmelzung der HFH mit der SWH resultieren.

V. Sonstige Angaben

1. Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind

Für die Trianel European Energy Trading GmbH (Trianel) wurden Bürgschaften in Höhe von insgesamt TEUR 3.700 durch die EVH übernommen. Die Übernahme der Bürgschaften erfolgte aufgrund der Gesellschafterstellung der Stadtwerke Halle GmbH bei der Trianel und der zwischen der EVH und der Trianel bestehenden Verträge. Das Risiko der Inanspruchnahme besteht bei Zahlungsunfähigkeit der Trianel. Hiervon geht die Geschäftsführung aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse der Trianel gegenwärtig nicht aus.

Weitere Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB bestanden am Abschlussstichtag nicht.

Die Verbindlichkeiten aus diversen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen betragen insgesamt TEUR 4.631, wovon TEUR 1.693 kurzfristig, TEUR 2.802 mittelfristig und TEUR 136 langfristig fällig sind.

Darin enthalten sind Zahlungen der HAVAG für 2018 aus Leasingverträgen für 4 Omnibusse, Laufzeit bis 2022, von TEUR 129 und aus Leasingverträgen für 9 PKW bzw. Nutzfahrzeuge, Laufzeit bis 2021, von TEUR 51.

Aus Auftragsvergaben bzw. Vertragsabschlüssen bestehen für das Jahr 2018 im Investitionsbereich der HAVAG Verpflichtungen von TEUR 20.016. Die Verpflichtungen bestehen im Wesentlichen für die Vorhaben im Stadtbahnprogramm, u.a. Ausbau Veszpremer Straße / Schleife Südstadt, Verkehrsknoten Steintor, Merseburger Straße, Große Steinstraße, Gimritzer Damm, Böllberger Weg Nord 2. BA und Dessauer Straße / Verlängerung Frohe Zukunft sowie für die Beschaffung mobiler Fahrausweisautomaten und Linienbusse.

Im übrigen Liefer- und Leistungsbereich bestehen Verpflichtungen von insgesamt TEUR 12.100.

Das Bestellobligo für weitere Sachanlagen und Investitionen aus im Jahr 2016 bereits erteilten Aufträgen beträgt TEUR 20.337. Des Weiteren wurden Verträge über den langfristigen Bezug von Strom, Gas und Wärme (TEUR 260.482) sowie für den Bezug von Emissionsrechten (TEUR 6.135) geschlossen.

Weitere finanzielle Verpflichtungen:

Für die Nutzung der Kläranlage Halle-Nord (Nutzungsüberlassungsvertrag) hat die HWS im Jahr 2018 einen Grundpreis von Mio. EUR 6,1 zu entrichten. Danach entfällt diese Zahlung. Weiterhin ist ein Abwasserbehandlungsentgelt zu zahlen, dessen Höhe von den Aufwendungen der Kläranlage Halle-Nord GmbH & Co. Betreiber KG abhängig ist. Die Höhe dieses Entgeltes betrug in 2017 TEUR 4.659. Durch den Nutzungsüberlassungsvertrag sichert sich die HWS das alleinige Recht zur Nutzung der Kläranlage Halle-Nord, ohne eigene Investitionen und Finanzierung. Risiken werden durch die fest vereinbarten Zahlungen minimiert.

Mit Datum vom 23. März 2007 wurde zwischen der HWS und der Stadt Halle (Saale) rückwirkend zum 1. Januar 2002 ein Konzessionsvertrag über die öffentliche Versorgung der Stadt Halle mit Wasser abgeschlossen. Die Stadt bedient sich zur Erfüllung der Aufgabe der öffentlichen Wasserversorgung der HWS als Dritten im Sinne des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt. Die HWS hat der Stadt unter dem Eintritt vertraglich geregelter Voraussetzungen eine Konzessionsabgabe zu zahlen. Für die Jahre 2013 bis 2018 wurde unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Situation der Sparte Trinkwasserversorgung die Abgabe fest vereinbart. Sie beträgt für das Jahr 2017 TEUR 293.

Mit der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz GmbH wurde ein Wasserlieferungsvertrag zum 1. Januar 2008 abgeschlossen. Dieser hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024. Darin wurden ein fixer Leistungspreis und ein mengenabhängiger Arbeitspreis vereinbart.

Aus einer im Geschäftsjahr 2004 geschlossenen Vereinbarung im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 1.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber einem Dritten, der ebenfalls Anteile erwarb.

Aus einem im Geschäftsjahr 2009 geschlossenen Anteilskauf- und Abtretungsvertrag einer Beteiligung ergeben sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe von höchstens TEUR 10.000, die an das Eintreten bestimmter Bedingungen gebunden sind. Diese Bedingungen sind dann erfüllt, wenn eine bestimmte positive wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligung eintritt. Die Verpflichtung besteht gegenüber dem Verkäufer, der Stadt Halle (Saale).

Aus Sponsoringverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von TEUR 267.

Mitarbeitern der HWS und der HAVAG, die das 17. Lebensjahr vollendet haben und eine Wartezeit von 60 Monaten erfüllen, ist eine Zusatzversorgung nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zugesagt. Sie beruht auf der Mitgliedschaft im Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt - Zusatzversorgungskasse.

Die Zusatzversorgung umfasst:

- Renten bei Berufs- und Erwerbsunfähigkeit
- Altersrenten
- Hinterbliebenenrenten sowie
- Sterbegeld.

Die Umlage bemisst sich nach dem Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt der Mitarbeiter. Ab dem 1. Januar 2010 gelten ein Umlagesatz von 1,725 % und ein Zusatzbeitrag von 4,0 %. Der Zusatzbeitrag (2,0 % vom Arbeitnehmer zu tragen) dient dem Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge. Der von der HWS und der HAVAG zu tragende Anteil belief sich im Geschäftsjahr 2017 auf TEUR 1.896.

Aufgrund von Pensionszusagen der EVH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Wert der mittelbaren Pensionsverpflichtungen zum Bilanzstichtag T€ 4.418. Dabei wurde ein 10-Jahres-Durchschnittszinssatz verwendet. Der Unterschiedsbetrag zu dem 7-Jahres-Durchschnittszinssatz beträgt T€ 427. In den Folgejahren ist mit vergleichbaren finanziellen Belastungen zu rechnen.

Aufgrund von Pensionszusagen der Netzgesellschaft Halle, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen. Im Geschäftsjahr 2017 betrug das Beitragsvolumen TEUR 594; für das Geschäftsjahr 2018 wird mit einem Beitragsvolumen von TEUR 594 gerechnet.

Die Pensionszusagen beruhen auf dem „Tarifvertrag über die Ablösung des Tarifvertrages über die betriebliche Zusatzrentenversicherung der Tarifgruppe Energie des AVEU (TVV Energie)“ sowie arbeitsvertraglichen Einzelzusagen. Die Zusagen sind abgesichert über die Unterstützungskasse für die Mitteldeutsche Wirtschaft e.V. Darüber hinaus bestehen Betriebsvereinbarungen zur Altersvorsorge für die Gesamtbelegschaft sowie zum (Teil-) Ausgleich von Rentenverlusten aufgrund von Altersteilzeit und Altersübergangsregelungen. Diese sind abgesichert über die Unterstützungskassen Towers Watson Unterstützungskasse e.V. und Towers Watson Second e-Trust e.V. Die Beiträge werden aus dem Personalaufwand finanziert.

Aufgrund von mittelbaren Pensionszusagen der SWH, die über Unterstützungskassen durchgeführt werden, bestehen finanzielle Verpflichtungen aus entsprechenden Beitragszahlungen an die Unterstützungskassen.

Weiterhin besteht eine Beteiligungsverpflichtungen der EVH. Die Beteiligung an der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG Aachen weist zum 31.12.2017 einen Buchwert in Höhe von TEUR 2.936 aus. Die maximale Beteiligung an der Gesellschaft soll TEUR 5.000 betragen, wobei die Höhe der Eigenkapitalzuführung von den tatsächlichen realisierten Projekten abhängt.

2. Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar der SWH und ihrer vollkonsolidierten Tochterunternehmen bezieht sich auf die Abschlussprüfungsleistungen (TEUR 363), andere Bestätigungsleistungen (TEUR 3), Steuerberatungsleistungen (TEUR 2) und sonstige Leistungen (TEUR 23).

3. Mitarbeiter

Im Durchschnitt des Geschäftsjahres 2017 beschäftigte der SWH Konzern 2.865 Arbeitnehmer und Auszubildende.

Struktur der Arbeitnehmer nach Gruppen:

	Personen 2017	Personen 2016
Gewerbliche Arbeitnehmer	1.411	1.414
Angestellte	1.154	1.137
	2.565	2.551
Kurzarbeiter	9	0
Passive Altersteilzeit	140	133
Ruhende Arbeitsverhältnisse	33	32
Auszubildende	118	115
	2.865	2.831

4. Derivative Finanzinstrumente

Das über Swaps gesicherte Nominalvolumen von Darlehen der SWH beträgt zum Bilanzstichtag TEUR 3.160. Der zum 31. Dezember 2017 ermittelte negative Marktwert dieser Verträge wird mit TEUR 172 angegeben. Aufgrund der Bildung einer Bewertungseinheit mit dem zu sichernden Darlehen (Micro-Hedge) wurde keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswaps) entsprechen sich („critical-term-match“). Die Bewertung erfolgte auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter (Bewertung aktueller Zinskupons mit den Marktpreisen sowie Stückzinsen sowie Abzinsung vom Zeitpunkt ihrer Fälligkeit bis zum Bewertungstag auf Barwerte).

Zur Sicherung eines Festpreises für den Gasbezug wurden Commodity Swaps für die Jahre 2017 bis 2019 abgeschlossen. Der negative Zeitwert dieser Swaps beträgt zum 31. Dezember 2017 TEUR 27 (Market to Market-Bewertung).

Des Weiteren hat die EVH im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für drei variabel verzinsliche Darlehen (auch zukünftige) einen Festsatzswap abgeschlossen. Ein variabel verzinsliches Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 3.000 (Stand zum 31. Dezember 2017: TEUR 1.135) wurde im Geschäftsjahr 2011 aufgenommen. Im selben Jahr wurde ein Forward-Festsatzswap (Laufzeit 2012 bis 2021) abgeschlossen, der am Bilanzstichtag einen negativen Marktwert von TEUR 75 hat. Im Geschäftsjahr 2012 wurde ein KfW-Darlehen mit 20-jähriger Laufzeit in Höhe von Mio. EUR 17 aufgenommen. Die Zinsbindung beträgt 10 Jahre. Für die Laufzeit ab 2022 bis

2032 wurde für den Restwert zum Stichtag in Höhe von TEUR 9.855 wiederum ein Forward-Festsatzswap abgeschlossen, dessen negativer Marktwert sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 876 beläuft. Im Geschäftsjahr 2017 hat die EVH Devisentermingeschäfte zur Sicherung von Währungskursen und -schwankungen abgeschlossen. Dies betrifft Investitionen, welche in US-Dollar (T\$ 11.251) fakturiert werden. Die Grundgeschäfte sind bereits kontrahiert und somit werden die Zahlungen mit hoher Wahrscheinlichkeit geleistet. Die Devisentermingeschäfte und die Grundgeschäfte haben identische Nominalbeträge und dieselbe zeitliche Dimension. Die Devisentermingeschäfte (Laufzeiten bis Ende 2019) haben zum 31. Dezember 2017 einen negativen Marktwert von TEUR 70. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäften (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäften (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Am 1. Oktober 2010 wurde von Maya mare ein Zinssatzswap mit einer Laufzeit vom 30. September 2010 bis 30. März 2023 vertraglich vereinbart. Der Zinssatzswap hat zum Bilanzstichtag einen negativen Marktwert in Höhe von TEUR 65. Es wird aufgrund des Vorliegens einer Bewertungseinheit keine Drohverlustrückstellung gebildet. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Mit Abschluss eines Forward-Swaps im September 2011 (Laufzeit bis zum 15. November 2021) sicherte sich die HAVAG eine zinsgünstige Anschlussfinanzierung für ein variabel verzinsliches Bankdarlehen ab November 2012. Das Darlehen mit einem Nominalbetrag von TEUR 10.569 betrug zum 31. Dezember 2017 TEUR 2.225. Der Swap (Festzinsswap) hatte einen negativen Marktwert von TEUR 125. Die Bedingungen von Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft entsprechen sich.

Beginnend in 2014 ersetzt auch die HWS bestehende Darlehen bei Beendigung der Zinsbindung durch Darlehen mit variabler Verzinsung. Zur Absicherung der daraus entstehenden Zinsänderungsrisiken wurde am 26. Juni 2013 eine Portfolioswap-Vereinbarung über einen wesentlichen Teil des Kreditportfolios der HWS geschlossen. Die Vereinbarung hat eine Laufzeit bis 30. Juni 2043. Der Bezugsbetrag des Swaps betrug anfänglich TEUR 5.294 bis max. TEUR 95.987. Zum 31. Dezember 2017 beträgt er TEUR 74.998.

Die KWT hat im Rahmen der Strategie zur Zinssicherung für ein Darlehen einen Zinsswap mit einem Nominalbetrag in Höhe von insgesamt T€ 12.500 erworben, für welche entsprechend § 254 HGB jeweils eine Bewertungseinheit vorliegt. Die Bedingungen und Parameter von Grundgeschäft (Darlehen mit variabler Verzinsung) und Sicherungsgeschäft (Festzinsswap) entsprechen sich („critical-terms-match“). Die Bewertung erfolgt auf Basis anerkannter Bewertungsmodelle unter Bezugnahme auf Marktparameter.

Festsatzswap T€ 6.250 / Receiver Swap T€ 6.250:

Ein KfW-Darlehen (T€ 10.000) mit einer Laufzeit von 10 Jahren und einer 5-jährigen Zinsbindung wurde im Jahr 2010 ausgezahlt. Für das am Ende der Zinsbindung bestehende Restdarlehen in Höhe von T€ 3.438 wurde 2010 ein Forward-Festsatzswap (Laufzeit 30.09.2015 – 30.09.2020) abgeschlossen. Sein Marktwert betrug am Bilanzstichtag T€ -196. Nach Ablauf der Zinsbindung wurde aufgrund der günstigen Zinsentwicklung per 30.09.2015 das Restdarlehen in Höhe von T€ 3.438 um weitere 5 Jahre bei der KfW als Festsatzdarlehen verlängert. Zusätz-

lich erfolgte der Abschluss eines Receiver-Swaps (Laufzeit 30.09.2015 – 30.09.2020). Der Receiver-Swap wurde am Bilanzstichtag mit einem positiven Marktwert von T€ 11 ausgewiesen.

5. Geschäftsführung

Geschäftsführer der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2017 waren Herr Matthias Lux (Vorsitzender), Herr Prof. Dr.-Ing. Matthias Krause (bis 31.08.2017) und Herr René Walther.

Die Vergütung für die Geschäftsführer betrug im Geschäftsjahr 2017 TEUR 735 (Vorjahr TEUR 610).

6. Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH gehörten im Geschäftsjahr 2017 an:

Vorsitzender: Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale)

Stellv. Vorsitzende: Simona König
Bezirksgeschäftsführerin, Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd

Stephanie Berend
Betriebsratsvorsitzende, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH

Dr. Ines Brock
Unternehmerin, Dozentin, Psychotherapeutin

Eberhard Doege
Ruhestandsbeamter

Steffen Gärtner
Sachgebietsleiter Gebäudemanagement, EVH GmbH
Mitglied des Betriebsrates, EVH GmbH
(bis 30.08.2017)

Stefan Hilbig
Fachbereichssekretär, Ver.di, Bezirk Sachsen-Anhalt/Süd

Burkhard Kocian
Betriebsratsvorsitzender, EVH GmbH

Johannes Krause
DGB-Regionsvorsitzender Halle-Dessau

Monika Liedtke
Kaufmännische Angestellte, Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH
(bis 30.08.2017)

Dr. Bodo Meerheim
Geschäftsführer, SKV Kita gGmbH

Elisabeth Nagel
Angestellte, Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion
Sachsen-Anhalt-Thüringen

Renate Otto
Leiterin Rechtsabteilung, Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

Ulrich Richter
Betriebsratsvorsitzender, Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft

Andreas Scholtyssek
Angestellter, Referent Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau

Tom Wolter
Regisseur, Schauspieler, Unternehmer

Dirk Thielemann
Leiter EDV, Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft
(seit 31.08.2017)

Britta Mischke
Leiterin Marketing, EVH GmbH
(seit 31.08.2017)

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr von der Gesellschaft Vergütungen in Höhe von TEUR 32.

7. Konzernzugehörigkeit

Der Konzernabschluss der SWH wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Der Konzernabschluss ist am Sitz dieser Gesellschaft erhältlich.

6. Ergebnisverwendung

Das Jahresergebnis in Höhe von EUR 10.800.243,08 wird in die Gewinnrücklagen eingestellt.

7. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Mit Handelsregistereintragung am 23.02.2018 wurde die Verschmelzung der Hafen Halle GmbH auf die Stadwerke Halle GmbH rückwirkend zum 01.07.2017 wirksam. Verschmolzen wurden im Wesentlichen die immobilen Sachanlagen der Hafen Halle GmbH auf die SWH GmbH. Die SWH GmbH bewertete das Sachanlagevermögen der ehemaligen Hafen Halle GmbH neu und tätigte durch das Ergebnis eine außerplanmäßige Abschreibung.

Halle (Saale), den 18. Mai 2018

Die Geschäftsführung


Matthias Lux
(Vorsitzender)


René Walther

Stadtwerke Halle GmbH, Halle (Saale)

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2017

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen					Buchwerte		
	01.01.2017	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2017	01.01.2017	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Zuschreibungen des Geschäftsjahres	Veränderungen i.Z.m. Abgängen	Veränderungen i.Z.m. Umbuchungen	31.12.2017	31.12.2017	30.12.2016
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
B. Anlagevermögen													
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	37.342.335,84	1.262.394,63	700.060,78	253.292,24	38.157.961,93	34.065.824,56	1.573.839,84	0,00	700.060,78	0,00	34.939.603,62	3.218.358,31	3.276.511,28
2. Geleistete Anzahlungen	189.623,24	115.155,74	0,00	-153.437,24	151.341,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	151.341,74	189.623,24
	37.531.959,08	1.377.550,37	700.060,78	99.855,00	38.309.303,67	34.065.824,56	1.573.839,84	0,00	700.060,78	0,00	34.939.603,62	3.369.700,05	3.466.134,52
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	343.561.220,53	665.327,67	2.813.249,90	254.288,06	341.667.586,36	201.585.470,22	10.692.176,86	202.012,89	1.781.224,69	0,00	210.294.409,50	131.373.176,86	141.975.750,31
2. Technische Anlagen und Maschinen													
2.1 Erzeugungsanlagen	268.399.026,84	712.594,50	832.703,83	822.077,18	269.100.994,69	183.632.098,73	10.776.712,13	0,00	822.002,04	558.007,75	194.144.816,57	74.956.178,12	84.766.928,11
2.2 Verteilungsanlagen	1.109.949.028,65	19.757.795,87	1.879.543,26	8.404.122,46	1.136.231.403,72	550.553.159,24	31.093.184,94	0,00	1.767.682,23	-558.007,75	579.320.654,20	556.910.749,52	559.395.869,41
2.3 Gleis- u. Sicherungsanlagen, Streckenausrüstung	243.113.459,96	12.889.694,43	395.068,89	5.317.015,50	260.925.101,00	145.787.954,96	8.486.448,93	0,00	329.854,89	0,00	153.944.549,00	106.980.552,00	97.325.505,00
2.4 Fahrzeuge für Personen- u. Güterverkehr	207.399.585,43	1.627.019,91	707.437,44	81.686,91	208.400.854,81	104.464.791,43	7.447.585,82	0,00	650.625,44	0,00	111.261.751,81	97.139.103,00	102.934.794,00
2.5 Andere technische Anlagen	126.528.042,10	2.809.700,03	1.068.739,44	561.444,09	128.830.446,78	94.682.924,94	8.716.821,85	0,00	997.607,63	0,00	102.402.139,16	26.428.307,62	31.845.117,16
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.938.043,31	6.613.077,05	4.809.625,33	1.550.781,79	109.292.276,82	86.966.265,66	6.144.117,35	0,00	4.718.854,56	0,00	88.391.528,45	20.900.748,37	18.971.777,65
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	43.165.790,34	72.566.612,33	10.020.761,90	-17.091.270,99	88.620.369,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	88.620.369,78	43.165.790,34
	2.448.054.197,16	117.641.821,79	22.527.129,99	-99.855,00	2.543.069.033,96	1.367.672.665,18	83.357.047,88	202.012,89	11.067.851,48	0,00	1.439.759.848,69	1.103.309.185,27	1.080.381.531,98
III. Finanzanlagen													
1. Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen	198.048,79	0,00	82.500,00	0,00	115.548,79	90.548,79	0,00	0,00	0,00	0,00	90.548,79	25.000,00	107.500,00
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	13.425.133,68	602.608,45	1.612.704,93	0,00	12.415.037,20	2.908.135,58	0,00	0,00	0,00	0,00	2.908.135,58	9.506.901,62	10.516.998,10
3. Beteiligungen an übrigen Unternehmen	13.725.735,10	533.507,52	727.752,90	0,00	13.531.489,72	349.999,00	0,00	0,00	349.999,00	0,00	0,00	13.531.489,72	13.375.736,10
4. Sonstige Ausleihungen	5.944.188,04	52,27	0,00	0,00	5.944.240,31	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5.944.240,31	5.944.188,04
	33.293.105,61	1.136.168,24	2.422.957,83	0,00	32.006.316,02	3.348.683,37	0,00	0,00	349.999,00	0,00	2.998.684,37	29.007.631,65	29.944.422,24
	2.518.879.261,85	120.155.540,40	25.650.148,60	0,00	2.613.384.653,65	1.405.087.173,11	84.930.887,72	202.012,89	12.117.911,26	0,00	1.477.698.136,68	1.135.686.516,97	1.113.792.088,74

Konzern-Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wurde gem. DRS 21 erstellt

	2017 TEUR	2016 TEUR
Periodenergebnis (einschließlich nicht beherrschender Anteile)	10.804	11.693
Abschreibungen / Zuschreibungen (-) auf Anlagevermögen	76.186	73.147
Zunahme / Abnahme (-) der Rückstellungen	-11.090	-2.895
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge (-)	-29.195	-31.605
Zunahme (-) / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-5.589	6.755
Zunahme / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-2.209	14.846
Gewinn (-) / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	10.056	10.332
Zinsaufwendungen / Zinserträge (-)	14.716	16.707
Sonstige Beteiligungserträge	-738	-2.878
Aufwendungen / Erträge (-) von außergewöhnlicher Größenordnung bzw. Bedeutung (außerplanmäßige Abschreibung und Auflösung Sonderposten)	5.105	-166
Ertragsteueraufwand / -ertrag (-)	305	8.317
Ertragsteuerzahlungen (- / +)	-4.340	-957
Cash-flow aus laufender Geschäftstätigkeit	64.011	103.296
Auszahlungen (-) für Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände	-1.378	-1.001
Einzahlungen aus Abgängen von Sachanlagen	1.781	252
Auszahlungen (-) für Investitionen in Sachanlagen	-116.965	-84.513
Einzahlungen aus Abgängen von Finanzanlagen	1.118	0
Auszahlungen (-) für Investitionen in Finanzanlagen	-534	-7.857
Auszahlungen (-) für Investitionen in assoziierte Unternehmen	-25	-25
Auszahlungen (-) für Investitionen in verbundene Unternehmen	0	-4.770
Einzahlungen (+) aus Rückgabe der Anteile des durch die AWH gehaltenen Spezialfonds	0	58.573
Auszahlung (-) des Zuflusses aus Spezialfonds AWH auf verpfändetes Bankkonto	0	-49.564
Erhaltene Zinsen	597	491
Erhaltene Dividenden	738	116
Cash-flow aus der Investitionstätigkeit	-114.668	-88.298
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	32.580	47.522
Auszahlung aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten	-34.409	-34.802
Gezahlte Zinsen (-)	-14.573	-16.049
Gezahlte Dividenden an nicht beherrschende Anteile (-)	0	-8
Abnehmerbeiträge sowie vereinnahmte Betriebskostenzuschüsse Dritter	46.779	30.077
Cash-flow aus der Finanzierungstätigkeit	30.377	26.740
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-20.280	41.738
Konsolidierungsbedingte Veränderung des Finanzmittelfonds	0	3
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	72.142	30.401
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	51.862	72.142
	31.12.2017 TEUR	31.12.2016 TEUR
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	54.992	121.807
verpfändete Bankguthaben	-3.254	-49.750
Wertpapiere des Umlaufvermögens	124	85
	51.862	72.142

Konzern-Eigenkapitalspiegel für das Geschäftsjahr 2017

	Mutterunternehmen				Nicht beherrschende Anteile		Konzerneigenkapital EUR	
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital	Eigenkapital	Minderheiten- kapital	Kumuliertes übriges Konzernergebnis		Eigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR
Stand zum 31. Dezember 2015	30.000.000,00	33.197.971,14	223.954.117,74	287.152.088,88	969.595,27	-2.101.497,69	-1.131.902,42	286.020.186,46
Ausschüttungen an nicht beherrschende Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	-8.273,31	0,00	-8.273,31	-8.273,31
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderungen	0,00	-165.531,74	0,00	-165.531,74	0,00	0,00	0,00	-165.531,74
Übrige Veränderungen (Korrektur Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Konzern - Jahresüberschuss	0,00	0,00	11.680.995,83	11.680.995,83	0,00	12.407,64	12.407,64	11.693.403,47
Konzerngesamtergebnis	0,00	-165.531,74	11.680.995,83	11.515.464,09	-8.273,31	12.407,64	4.134,33	11.519.598,42
Stand zum 31. Dezember 2016	30.000.000,00	33.032.439,40	235.635.113,57	298.667.552,97	961.321,96	-2.089.090,05	-1.127.768,09	297.539.784,88
Ausschüttungen an nicht beherrschende Anteile	0,00	0,00	0,00	0,00	-57,85	0,00	-57,85	-57,85
Änderung des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Übrige Veränderungen	0,00	-13.722,61	0,00	-13.722,61	0,00	0,00	0,00	-13.722,61
Übrige Veränderungen (Korrektur Vorjahr)	0,00	0,00	0,00	0,00	-65.378,06	0,00	-65.378,06	-65.378,06
Konzern - Jahresüberschuss	0,00	0,00	10.800.243,08	10.800.243,08	0,00	3.690,51	3.690,51	10.803.933,59
Konzerngesamtergebnis	0,00	-13.722,61	10.800.243,08	10.786.520,47	-65.435,91	3.690,51	-61.745,40	10.724.775,07
Stand zum 31. Dezember 2017	30.000.000,00	33.018.716,79	246.435.356,65	309.454.073,44	895.886,05	-2.085.399,54	-1.189.513,49	308.264.559,95

A. Konzernlagebericht der Stadtwerke Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2017

1.	Grundlagen der Stadtwerke Halle-Gruppe	2
1.1.	Geschäftsmodell	2
1.2.	Ziele und Strategien	4
1.3.	Steuerung.....	7
1.4.	Veränderungen im Konzern	8
2.	Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	8
2.1.	Wirtschaftliche Entwicklung	8
2.2.	Arbeitsmarkt	9
2.3.	Bevölkerungsentwicklung.....	9
3.	Geschäftsverlauf	9
3.1.	Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres.....	9
3.2.	Marktbezogene Entwicklungen	12
3.3.	Politische und rechtliche Entwicklungen	14
3.4.	Wesentliche Erfolgsfaktoren	16
3.5.	Forschung und Entwicklung.....	17
4.	Personalbericht	19
4.1.	Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM).....	19
4.2.	Karrierewebsite.....	19
4.3.	Online-Bewerbermanagement	19
4.4.	Social Media.....	19
4.5.	Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“	20
4.6.	Führungskräfteentwicklung	20
4.7.	TalentPool	20
5.	Erklärung zur Unternehmensführung	21
6.	Lage des Konzerns	22
6.1.	Ertragslage des Konzerns	22
6.2.	Finanzlage	28
6.3.	Vermögenslage	31
6.4.	Gesamtaussage zur Lage.....	32
7.	Chancen-und Risikobericht	33
7.1.	Risikomanagementsystem.....	33
7.2.	Chancen und Risiken.....	33
7.3.	Gesamtbild.....	35
8.	Prognosebericht	35

Hinweis zu den Zahlenangaben in diesem Lagebericht:

Die Zahlen in den Tabellen dieses Lageberichtes wurden exakt gerechnet und summiert. Die Darstellung der Beträge erfolgt in der Einheit Mio. EUR. Hierdurch können sich in der Summenbildung Differenzen ergeben.

1. Grundlagen der Stadtwerke Halle-Gruppe

1.1. Geschäftsmodell

1.1.1. Struktur und Beteiligungen

In der Stadtwerke-Gruppe sind unmittelbare und mittelbare Beteiligungen der SWH an 30 Unternehmen zusammengefasst. Die wirtschaftliche Betätigung der Gruppe erstreckt sich auf die Energie-, Gas-, Wärme- und Wasserversorgung, der Ableitung und Behandlung von Abwässern, der Abfallbeseitigung einschließlich der Sammlung, Verwertung und Behandlung von Abfällen, öffentlicher Personennahverkehr und Containerbetrieb sowie diverse kommunalnahe Dienstleistungen und Services.

1.1.2. Geschäftsfelder

Die Konzernstruktur gliedert sich in die Geschäftsfelder Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität und Services.

Energie	Wasser & Entsorgung	Mobilität	Services
EVH GmbH 100 % SWH	Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH 100 % SWH	Hallesche Verkehrs AG 100 % SWH	
Energieversorgung Halle Netz GmbH 100 % EVH	Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau 100 % SWH	Container Terminal Halle (Saale) GmbH 100 % SWH	IT-Consult Halle GmbH 100 % SWH
Netzgesellschaft Industriegebiet A 14 mbH 100 % EVH	RAB Halle GmbH 100 % SWH	Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH 10,95 % HAVAG	SHS Energiedienste GmbH 100 % SWH
Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH 100 % EVH	TELONON Abwasserbehandlung GmbH 100 % SWH	Einkaufs- u. Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH 0,63 % HAVAG	Bäder Halle GmbH 100 % SWH
Meter1 Verwaltung GmbH 33,3 % EVH	Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH 60 % HWS		FTZ Freizeit Tourismus Zentrum Verwaltung GmbH 100 % SWH
Meter1 GmbH & Co. KG Kommanditist 33,3% EVH	Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH 50 % SWH		Maya mare GmbH & Co. KG Kommanditist 82,4 % SWH Kommanditist 12,5 % HWS
Energie-, Wasser-, Abwassergesellschaft Geiseltal mbH (EWAG) 20 % SWH	RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH 50 % SWH		W+H Wasser und Haustechnik GmbH 100 % HWS
Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG Kommanditist 18,3 % EVH			Cives Dienste GmbH 100 % HWS
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG Kommanditist 4,1 % EVH			Servicegesellschaft Saale mbH 100 % HAVAG
Trianel GmbH 1,57 % SWH	Geschäftsfeldführungsgesellschaft		A/V/E GmbH 23,9 % SWH

Abbildung 1: Konzernstruktur

1.1.2.1. Energie

Mit der EVH GmbH (EVH), als Führungsgesellschaft im Geschäftsfeld Energie, beliefern wir Privat-, Gewerbe- und Großkunden mit Elektrizität, Wärme und Erdgas. Der Strombedarf wird durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie durch Fremdbezug gedeckt. Auf Grundlage eines Bilanzkreismanagements für Strom und Gas besteht die Möglichkeit des strukturierten Einkaufs, der zur Beschaffungsoptimierung genutzt wird. Die Wärmeversorgung erfolgt zum überwiegenden Teil durch Eigenerzeugung im Heizkraftwerk Dieselstraße sowie im Heizkraftwerk Halle-Trotha GmbH.

Weitere unternehmerische Tätigkeiten bestehen in der Erbringung kaufmännischer und technischer Dienstleistungen, in der Verpachtung von Anlagevermögen sowie in der Erzeugung erneuerbarer Energien.

Die Energieversorgung Halle Netz GmbH (EVHN) ist als Strom- und Gasnetzbetreiber vorrangig für den Betrieb und den Ausbau des Verteilnetzes verantwortlich. Für den technischen Betrieb des Fernwärmenetzes in Halle (Saale) ist sie als Dienstleister tätig.

Der Geschäftsbetrieb der Meter1 GmbH & Co. KG wurde bereits zum 31. Dezember 2015 eingestellt. Eine Reaktivierung der Geschäftstätigkeit ist derzeit nicht geplant.

Zielsetzung der Beteiligung an der Trianel Onshore Windkraftwerke GmbH & Co. KG (TOW) ist der Aufbau und Betrieb eines Onshore-Windparkportfolios.

Der Unternehmensgegenstand der Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) umfasst die Planung und Entwicklung, die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Windenergie und Photovoltaik in Deutschland.

1.1.2.2. Wasser und Entsorgung

Unser Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung umfasst auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge vor allem die Erbringung der Kernleistungen Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung für die Stadt Halle (Saale). Kommunalnahe Dienstleistungen der Straßenreinigung, des Winterdienstes, der Gebäudereinigung und der Sekundärrohstoffwirtschaft sowie technische und kaufmännische Betriebsführungsdienstleistungen erweitern das Leistungsportfolio, das größtenteils durch die Geschäftsfeldführungsgesellschaft Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH (HWS) umgesetzt wird. Auf Grundlage eines langfristigen Konzessionsvertrages erfüllt die HWS zudem die Aufgabe der Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung auf dem Entsorgungsgebiet des AZV Elster-Kabelsketal.

Die Beteiligung an der RES Recycling und Entsorgungs-Service Sangerhausen GmbH ist Ausdruck der interkommunalen Zusammenarbeit zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Landkreis Mansfeld-Südharz. Die Gesellschaft ist für die Sammlung und den Transport andienungspflichtiger Abfälle im südlichen Landkreis zuständig.

Die Abfallwirtschaft GmbH Halle-Lochau (AWH) erfüllt die Aufgaben der Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau, der Sicherung des Standortes sowie der Ansiedlung von Unternehmen und die Vermarktung von Flächen im Rahmen der Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums sowie sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Tätigkeiten.

Das Leistungsangebot der RAB Halle GmbH umfasst die Herstellung von Ersatzbrennstoffen aus der Ressource Abfall. Dazu betreibt die Gesellschaft am Standort der Deponie Halle-Lochau eine Behandlungsanlage, welche Siedlungsabfälle, Bau- und Abbruchabfälle sowie Abfälle aus der mechanischen Behandlung annimmt.

Die TELONON Abwasserbehandlung GmbH ist Betriebsführerin der Kläranlage Nord der HWS. Die WER – Wertstofffassung und Recycling Halle GmbH unterhält und betreibt die Logistik für das Altglasrecycling im Stadtgebiet Halle (Saale).

Über die Beteiligung an der Fernwasser Sachsen-Anhalt GmbH (FSA) besteht eine mittelbare Beteiligung an der Fernwasserversorgung Elbaue-Ostharz, welche die HWS mit Trinkwasser beliefert.

1.1.2.3. Mobilität

Als Führungsgesellschaft des Geschäftsfeldes Mobilität erbringt die Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft (HAVAG) Verkehrsleistungen mit Straßenbahnen und Omnibussen im Stadtgebiet Halle und im angrenzenden Umland. Dazu hält die HAVAG die Infrastruktur für den Straßenbahnbetrieb sowie eine moderne, umweltgerechte Flotte von Straßenbahnen und Fahrzeugen für den Omnibusbetrieb vor.

Zum Geschäftsfeld Mobilität gehört außerdem die Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS GmbH) als Infrastrukturbetreiber und Dienstleister in den Bereichen Güterumschlag und Güterverkehr. Der Fokus des Leistungsangebotes liegt auf den landseitigen Verkehrsträgern Schiene und Straße. Neben dem Umschlag von Schütt-, Stück- und Flüssiggütern liegt der Tätigkeitsschwerpunkt der CTHS GmbH auf der

Abwicklung Kombierter Verkehre (KV). Insbesondere umfasst das Leistungsangebot Bahnleistungen, Containerumschlag, dispositive Leistungen sowie Leistungen im Bereich Infrastruktur und Ansiedlungen.

1.1.2.4. Services

In unserem Geschäftsfeld Services sind alle geschäftsfeldübergreifenden internen Dienstleistungen des Konzerns sowie ausgegliederte kommunale Dienstleistungen der Stadt Halle (Saale) vereint. Damit verfolgen wir die Zielstellung der Nutzung von Effizienzvorteilen und der Sicherstellung hoher Qualität.

Eine wesentliche Säule des Geschäftsfeldes bildet die IT-Consult GmbH (ITC) als Kompetenzzentrum für Informationstechnologie, Telekommunikations- und Abrechnungsdienstleistungen, die darüber hinaus Dienstleistungen in den Bereichen IT-Infrastruktur, Systemintegration, Rechenzentrum, Internet und Softwareentwicklung auch für externe Kunden erbringt. Neue Technologien zur Unterstützung mobiler, virtueller oder digitalisierter Organisationen – der so genannten Arbeit 4.0 - nehmen dabei an Bedeutung zu, genauso wie die Beratungsangebote zu Informationssicherheit und Datenschutz.

Schwerpunkte der kommunalnahen Infrastrukturdienstleistungen bilden das Betreiben eines Freizeit- und Erlebnisbades durch die Maya mare GmbH & Co. KG und sechs öffentlicher Hallen- und Freibäder durch die Bäder Halle GmbH.

Die SHS Energiedienste GmbH komplettiert den Bereich kommunalnaher Dienstleistungen und wird nach der Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung planmäßig ihre Neuausrichtung verfolgen.

Weitere Unterstützungsfunktionen für den Konzern stellt die W+H Wasser und Haustechnik GmbH mit Service- und Dienstleistungen für haustechnische Anlagen sowie für Zähl- und Messeinrichtungen der Ver- und Entsorgungswirtschaft bereit.

Von der Cives Dienste GmbH werden Dienstleistungen auf dem Gebiet der Gebäudereinigung und der Entsorgung von Leichtverpackungen erbracht. Zum Aufgabenspektrum der Servicegesellschaft Saale mbH (SGS) zählen insbesondere Fahrzeug- und Gebäudereinigung sowie Fahrausweisprüfung.

1.2. Ziele und Strategien

1.2.1. Konzern

Die Zielstellung der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) an den Konzern ist auf die Finanzierung der Zuschussbereiche (ÖPNV, Bäder) mit einer möglichst geringen Belastung für den städtischen Haushalt gerichtet. Vor diesem Hintergrund zielen unsere Strategien auf den Ausbau der Ertragskraft der Stadtwerke-Unternehmen, dem nachhaltigen Substanzerhalt und der Aufrechterhaltung der Finanzierungsfähigkeit für zukünftige Infrastrukturinvestitionen der Stadtwerke-Gruppe.

In der Stadtwerke-Gruppe werden die Ziele mit Strategien zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Kundenbindung und -zufriedenheit, der Neujustierung operativer Geschäftsfelder sowie insbesondere durch Strategien zur weiteren Leistungs- und Prozessoptimierung unterlegt, letzteres bevorzugt durch konzernweite Lösungen.

Für die SWH-Unternehmen mit direkter oder indirekter Mehrheitsbeteiligung werden diese Strategien durch zentrale funktionsbezogene Strategien (Finanzierungsstrategie, Personalstrategie, Kommunikations- und Imagestrategie, Asset-Managementstrategie und Beteiligungsstrategie) ergänzt und bilden zusammen den verbindlichen Handlungsrahmen für unsere Mehrheitsbeteiligungen. Die Strategien werden regelmäßig im Hinblick auf Einhaltung, Wirksamkeit und Verbesserungswürdigkeit überprüft.

Zur weiteren Stärkung der Ertragskraft unserer Beteiligungen haben wir im Jahr 2015 damit begonnen, externe Benchmarks bzw. Branchenkennzahlen in die operative Unternehmenssteuerung der jeweiligen Beteiligungen zu integrieren. Wir verfolgen das Ziel, in Bezug auf die Effizienz der operativen Kernprozesse zu den besten 25 % der jeweiligen Branche zu gehören. Die Integration der externen Kennzahlen dient der Messung der Zielerreichung. Dieser Prozess wird in den Folgejahren auf weitere Beteiligungen ausgedehnt.

1.2.2. Geschäftsfeld Energie

Die Rahmenbedingungen für Energieversorgungsunternehmen (EVU) haben sich mittlerweile fundamental verändert und unterliegen auch weiterhin kontinuierlich Veränderungsprozessen. Dies gilt gleichermaßen für die Netzregulierung mit ihren immer komplexeren Planungsstrukturen wie auch für die hoch volatilen Vertriebs- und Großhandelsmärkte, welche immer höhere Anforderungen an die Flexibilität der Erzeugungsanlagen stellen, sowie die Tendenz zur verstärkten Digitalisierung der gesamten Branche.

Um die Chancen der Digitalisierung nutzen zu können und die sich daraus ergebenden Herausforderungen und Veränderungen zu organisieren, wurde zum 1. März 2017 ein neuer Geschäftsbereich „Digitalisierung / Neue Geschäftsfelder“ innerhalb der EVH etabliert.

Der immer intensivere Wettbewerb in den Kundensegmenten führt gleichermaßen zu höheren Risiken als auch zu neuen Wachstumschancen. Mit der damit verbundenen Ausrichtung des organisatorischen und personellen Umfeldes wollen wir innovativer, flexibler und schneller werden, den Kundenfokus schärfen und Effizienz- und Ertragspotenziale systematisch identifizieren sowie die Kernprozesse stetig optimieren.

Um Kunden auch weiterhin wettbewerbsfähig mit Strom, Gas und Fernwärme beliefern zu können und die vorhandenen Kraftwerkskapazitäten möglichst optimal zu vermarkten, ist es erforderlich, die Marktentwicklungen permanent zu analysieren, die Wirkung von Preisveränderungen unmittelbar abzuleiten und möglichst optimale Zeitpunkte für die Beschaffung und Vermarktung zu bestimmen.

Mit dem strategischen Geschäftsbereich Portfoliomanagement und Beschaffung sind sämtliche diesbezügliche Aktivitäten der EVH in einem Bereich gebündelt. So wird sichergestellt, dass die Bewirtschaftung sowie die Risikobewertung und -steuerung der Portfolien Strom, Gas und CO₂ zentral und koordiniert erfolgen. Damit können sich die Geschäftsbereiche Erzeugung und Energievertrieb auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren.

Darüber hinaus betreiben wir mit dem Projekt „KWK 35“ die zukunftsfähige Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße. Das Projekt beinhaltet unter Nutzung der Möglichkeiten des KWKG 2016 die vom Markt geforderte Erhöhung der Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeerzeugung und soll diese auch langfristig sicherstellen.

Die Beteiligungen an TOW und TEE tragen durch ihre wachsenden Erneuerbare Energie-Portfolien in erheblichem Maße zu einer nachhaltigen und ökologischen Stromproduktion der EVH bei. Darüber hinaus realisieren wir im Rahmen der Unternehmensstrategie eigene Projekte zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Durch den kontinuierlichen Ausbau des Portfolios bekennen wir uns zur gesellschaftlichen Verantwortung und leisten einen wertvollen Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Mittelbar und unmittelbar verfügen wir im Konzern zum 31. Dezember 2017 über eine regenerative Erzeugungskapazität von ca. 46 Megawatt (MW).

1.2.3. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Ziel unseres Geschäftsfeldes Wasser und Entsorgung ist es, für die Konzessions- und Hauptauftraggeberin Stadt Halle (Saale) und weitere Gebietskörperschaften im Umland sowie für die privaten und gewerblichen Auftraggeber alle wesentlichen Dienstleistungen der Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen sowie die Gebäudereinigung effizient, nachhaltig und langfristig zu erbringen. Dieses erfordert eine kontinuierliche und kundenorientierte Verbesserung der angebotenen Dienstleistungen bei gleichzeitiger Erschließung wirtschaftlicher Optimierungspotenziale.

Die Aufgabenstellung unseres Geschäftsfeldes erfordert die Schaffung eines optimalen Verhältnisses zwischen stabiler Ver- und Entsorgungssicherheit, angemessener Preisgestaltung gegenüber den Kunden, der Erfüllung der Renditeerwartungen sowie der Aufrechterhaltung der Finanzierungsfähigkeit.

Hierzu wurde entsprechend des Strategieprozesses SWH-Kompass 2020 im Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung die strategische Zielstellung der operativen Exzellenz weiter verfolgt. In diesem Zusammen-

hang wurden in der HWS unternehmenszielorientierte Effektivitäts- und Effizienzkennziffern in die Unternehmenssteuerung integriert.

Weitere Optimierungsmaßnahmen wie das Projekt „Instandhaltungsstrategie Kanalnetz“ (Verbesserung der Zustandsklassen der Leitungen durch punktuelle Reparaturen), die Einführung einer prognosegestützten Sanierungsstrategie (sog. Alterungsmodell) zur Bestimmung einer langfristigen Erneuerungs-, Renovations- und Instandhaltungsplanung und die Optimierung der Tourenplanung im Abfallbereich unter Einbezug der Daten des eingeführten Behälter-Identifikationssystems befinden sich in der Umsetzung.

Neben der Fortführung der Umsetzung des Zieles der Schuldenreduzierung ist zur weiteren Sicherung der Finanzierungsfähigkeit ab dem Jahr 2019 eine Umstellung in der Kalkulation der Entgelte für die Abwasserbeseitigung vorgesehen. Statt Anschaffungs- und Herstellungskosten sollen Wiederbeschaffungszeitwerte in die Kalkulation einfließen. Dabei entstehende Mehrerlöse werden zu Finanzierungszwecken verwendet.

Die AWH als Unternehmen des Geschäftsbereichs strebt eine umweltgerechte, nachhaltige und kostenoptimierte Standortsicherung des Standort Halle-Lochau mit dem Ziel an, nach Abschluss der Nachsorgephase des Deponiebetriebes aus der abfallrechtlichen und finanziellen Verantwortung entlassen zu werden. Am Standort Halle-Lochau wird als weiteres Ziel die Entwicklung eines Abfallwirtschaftszentrums angestrebt.

1.2.4. Geschäftsfeld Mobilität

Die Zielstellung des Geschäftsfeldes für den Bereich des ÖPNV besteht in der Sicherstellung der Angebotsqualität und der Kosteneffizienz im öffentlichen Personennahverkehr. So konnte im Vergleich zum Jahr 2000 der Zuschussbedarf für den ÖPNV mittlerweile nahezu halbiert werden. Vor diesem Hintergrund sind kostenseitige Effizienzpotentiale für die Zukunft begrenzt (z.B. Unteilbarkeiten). Der strategische Fokus ist deshalb auf die Stärkung der Erlösseite durch eine fortlaufende Attraktivitätssteigerung des Mobilitätsangebotes gerichtet.

In diesem Kontext steht die strategische Weiterentwicklung des Nahverkehrsangebotes für die Jahre 2020 / 2030. Unter Verwendung aktueller Prognosedaten sowie Erkenntnisse aus der Verkehrsmodellierung wurden stadtteilkonkrete Szenarien zu einem bedarfsorientierten strategischen Angebotskonzept zusammengefasst.

In Verfolgung der konzernweiten Zielstellungen zur operativen Exzellenz wurden auch in der HAVAG Kennzahlen für einen Unternehmensvergleich zusammengestellt, auf dessen Basis die einzelnen Erfüllungsgrade gemessen werden können.

1.2.5. Geschäftsfeld Services

Unser Geschäftsfeld Services stellt sich wie schon im Vorjahr den Herausforderungen der Digitalisierung von Geschäftsprozessen; das Thema beschäftigt inzwischen alle Branchen und Kunden unseres IT-Dienstleisters ITC. Um den Kundenfokus weiter zu schärfen, hat die ITC in 2016 begonnen, sich neu auszurichten; der Prozess wurde in 2017 fortgesetzt. Ein wesentlicher Schwerpunkt liegt hier in der Einführung eines modernen IT-Anforderungsmanagements und professioneller IT-Servicemanagementprozesse.

Zielstellung der ITC ist es, für die Unternehmen der SWH, der Stadt Halle (Saale) und weiterer kommunaler und privatwirtschaftliche Kunden eine stabile, wirtschaftliche und gleichzeitig innovative IT-Infrastruktur bereitzustellen, bei der Wahrnehmung sich verändernder Aufgaben durch Entwicklung passgenauer IT-Lösungen zu unterstützen sowie professionelle IT-Beratungs- und IT-Dienstleistungen zu erbringen. Hierbei stehen besonders die Nutzung von Standardsoftware (Microsoft, SAP etc.) sowie die Entwicklung sicherer webbasierter Lösungen im Internet/Intranet und der geografischen Informationsverarbeitung im Fokus.

Die Freizeit- und sportaffinen Aktivitäten des Geschäftsfeldes zielen auf den langfristigen Erhalt und Betrieb der übertragenen Einrichtungen für ein kostenoptimales Schwimmsportangebot für die Bevölkerung der Stadt Halle (Saale). Daneben stellt sich das „Maya mare“ als ein attraktives Freizeitbad der Herausforderung, mit Sauna, Fitness und Wellnessangeboten Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren gleichermaßen anzusprechen.

1.3. Steuerung

Wir steuern den Konzern im Selbstverständnis einer Management-Holding. Die strategische Führung der Beteiligungsunternehmen erfolgt in den Steuerungsebenen „Ressourcen“, „Geschäftsprozesse“, „Kunde/Markt“ und „Finanzen“, die im Jahr 2011 im Rahmen des gruppenweiten Strategiprojektes „SWH-Kompass 2020“ entwickelt und seitdem weiter detailliert wurden.

Die Führungsinstrumente (Mission, Vision, Leitbild, strategische Ziele und Führungsgrundsätze sowie Verhaltenskodex) bilden zusammen mit den zentralen funktionsbezogenen Strategien den Handlungsrahmen, innerhalb dessen die Konzernunternehmen ihre Strategien entwickeln und unter Einbeziehung und Zustimmung der Holding umsetzen.

Die operative Steuerung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsplänen (Gewinn- und Verlustrechnung, Bilanz, Investitionsplan, Kapitalflussrechnung und Personalplan) für einen Zeitraum von fünf Jahren (ein Wirtschaftsplanjahr und vier Vorschaujahre). Hierbei gliedert sich die Planungs- und Berichtsstruktur entsprechend der Geschäftsfelder in die Bereiche Energie, Wasser und Entsorgung, Mobilität sowie Services. Die Instrumente der Steuerung sind fortlaufende Quartalsgespräche mit jeder direkten 100%igen Beteiligung sowie monatliche Berichterstattungen samt Abweichungsanalysen.

Hauptindikatoren für die Planung, den Bericht und für die Steuerung der Beteiligungen sind der Netto-Cashflow aus Organschafts- und Beteiligungsverhältnissen (gesamt und je Beteiligung). Dieser ermittelt sich aus dem Saldo aus Gewinnabführungsforderungen und Verlustausgleichsverpflichtungen, den Beteiligungserträgen und dem Saldo aus Körperschaft-/Gewerbsteuer und Kapitalertragsteuer. Der Netto-Cashflow ist die Ausgangsgröße für die Finanzierungs- und Investitionsentscheidungen der jeweiligen Folgejahre.

Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit des Konzerns erfolgt durch Verwendung eines eigenentwickelten Rating-Tools, mit dem quantitative Ratingelemente simuliert werden. Mit dem Rating-Tool werden die Auswirkungen der jeweils aktuellen Planung bzw. der Jahresabschlüsse oder einzelner Investitionsvorhaben auf die Bonität anhand von 6 Finanzkennzahlen und 11 Bonitätsklassen abgebildet, um darauf aufbauend Handlungsbedarfe abzuleiten. Die finanzwirtschaftliche Zielstellung für die Gruppe besteht darin, die bisher erreichte Bonitätsklasse mindestens zu erhalten. Die Steuerung der Finanzierungsfähigkeit ergänzt die auf ertragswirtschaftliche Ziele ausgerichtete Steuerung der Unternehmensgruppe.

Die verwendeten Finanzkennzahlen umfassen: Umsatzwachstum, EBITDA-Marge, EBIT-Zinsdeckung, Net Debt/EBITDA, Eigenkapitalquote sowie eine aus den Vorkennziffern ermittelte Rating-Klassen-Variable.

Das EBITDA („earnings before interest, taxes, depreciation and amortization“ - Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen) ermitteln wir in der Stadtwerkegruppe als Summe aus Umsatzerlösen, sonstigen betrieblichen Erträgen (inkl. aktivierter Eigenleistungen), dem Beteiligungsergebnis und Zinsen aus Ausleihungen abzüglich der Summe aus Materialaufwendungen, Personalaufwendungen und übrigen betrieblichen Leistungen (inkl. Bestandveränderungen). Das EBIT („earnings before interest and taxes“- Ergebnis vor Zinsen und Steuern) ermittelt sich aus dem EBITDA abzüglich der Abschreibungen. Das Umsatzwachstum wird aus dem prozentualen Verhältnis des Jahresumsatzes im Vergleich zum Vorjahresumsatz ermittelt. Die Ermittlung der Eigenkapitalquote erfolgt unter vollständiger Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

1.4. Veränderungen im Konzern

Im Geschäftsjahr 2017 wurde der Teilbetrieb Logistik von der Hafen Halle GmbH abgespalten, welcher sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit Containerumschlagleistungen im kombinierten Verkehr umfasst. Der Teilbetrieb wurde auf die zuvor durch die SWH von der HAVAG erworbene Saalebus GmbH übertragen. Vor der Übertragung erfolgte die Umfirmierung der Saalebus GmbH in die Container Terminal Halle (Saale) GmbH (CTHS) sowie der Abschluss eines Ergebnisabführungsvertrages zur SWH. Die Hafen Halle GmbH wurde auf die SWH verschmolzen, welche die Vermögensgegenstände des ehemaligen Hafens an die CTHS verpachtet. Die Umgestaltung erfolgte mit der Zielsetzung, die Wirtschaftlichkeit des Logistikbetriebs durch Herausnahme der hafenauffinen Assets isoliert sichtbar und steuerbar zu machen.

Die HAVAG wurde mit Erwerb der 49 % von der Leipziger Servicebetriebe (LSB) GmbH gehaltenen Geschäftsanteile an der Servicegesellschaft Saale GmbH Alleingesellschafterin. Mit dem Erwerb soll die Geschäftstätigkeit weiter entwickelt werden.

Die HAVAG veräußerte ihre Geschäftsanteile an der OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH (51 %) an den Mitgesellschafter. Hintergrund der Veräußerung ist die Fokussierung auf das Stadtgebiet Halle (Saale).

Von der SHS-Energiedienste GmbH wurde der Teilbetrieb Stadtbeleuchtung auf die EVH GmbH verschmolzen. Dieser Schritt erfolgte in Vorbereitung auf eine geplante Neuausrichtung der SHS.

Die SWH veräußerte sämtliche von ihr gehaltenen Aktien an der M-Exchange AG an die Hauptaktionärin WV Energie AG, von der die Offerte ausging.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

2.1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2017 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Deutschlands stieg im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 2,2 %. Damit ist die deutsche Wirtschaft das achte Mal in Folge gewachsen.

Das Wachstum der Wirtschaftsleistung in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 ist im bundesweiten Vergleich durch einen geringeren Anstieg gekennzeichnet. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt unseres Bundeslandes stieg im ersten Halbjahr 2017 gegenüber dem Vorjahres-Halbjahr um 0,8 %.

Die Einschätzung der Unternehmen zur Geschäftslage in Sachsen-Anhalt erreichte nach Erhebungen der Landesarbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Sachsen-Anhalts im 4. Quartal 2017 einen historischen Höchstwert mit 54,7 Prozentpunkten.

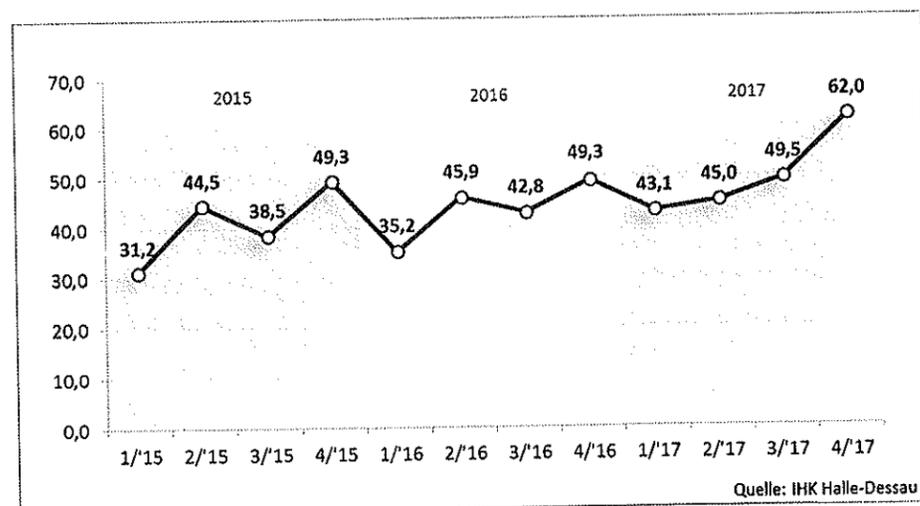


Abbildung 2: Geschäftslage im südlichen Sachsen-Anhalt

Im Süden Sachsen-Anhalts stiegen die Einschätzungen der Unternehmensleitungen über die aktuelle wirtschaftliche Lage ihrer Unternehmen im 4. Quartal nochmals deutlich auf ein Allzeithoch von 62,0 Prozentpunkten (vgl. Abbildung 2: Geschäftslage im südlichen Sachsen-Anhalt). Hierbei stiegen die Einschätzungen in allen fünf Branchengruppen (Industrie, Baugewerbe, Dienstleistungsgewerbe, Handel und Verkehr).

2.2. Arbeitsmarkt

Auch auf den Arbeitsmärkten in Deutschland und in Sachsen-Anhalt setzte sich der positive Trend der vergangenen Jahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland verringerte sich von 6,1 % im Vorjahr auf 5,7 % im Jahr 2017. In Sachsen-Anhalt sank die Arbeitslosenquote im Jahr 2017 auf 8,4 % (Vorjahr 9,6 %) und unterbot somit zum zweiten Mal in Folge die 10-Prozent-Marke.

2.3. Bevölkerungsentwicklung

Die Stadt Halle (Saale) wies zum Jahresende 2017 einen Einwohnerstand von 241.093 aus. Somit konnte der seit 2010 anhaltende Bevölkerungszuwachs fortgesetzt werden (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1.355 Einwohner). Mit dieser Entwicklung konnte Halle (Saale) in etwa wieder den Bevölkerungsstand des Jahres 2001 erreichen.

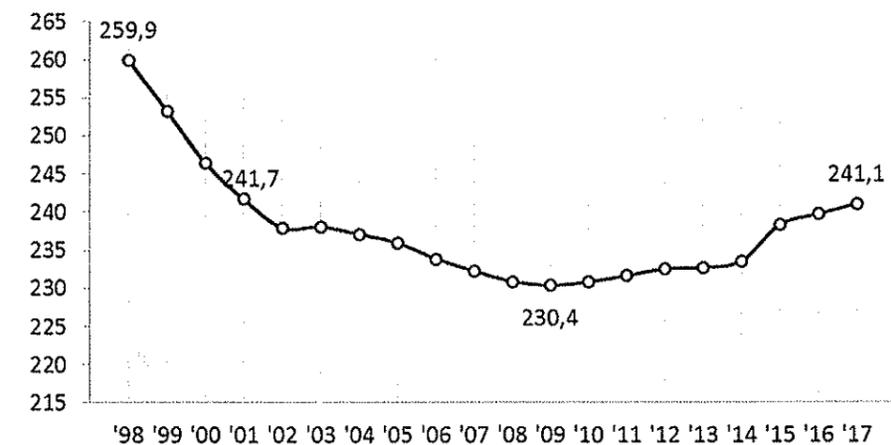


Abbildung 3: Bevölkerungsentwicklung in Halle (Saale) in Tsd. Quelle: Stadt Halle (Saale)

3. Geschäftsverlauf

3.1. Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

3.1.1. Holding/Gruppe

3.1.1.1. Geschäftsführung

Prof. Dr. Matthias Krause beendete zum 31. August 2017 seine Tätigkeit als Geschäftsführer der SWH und trat in den Ruhestand. In Folge des Ausscheidens wurden vier dauerhafte Handlungsvollmachten erteilt.

3.1.1.2. Konzernfinanzmanagement

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die Finanzierungsmodalitäten in der SWH-Gruppe grundlegend umgestellt. Die Finanzmittelbeschaffung für die Gruppen-Unternehmen erfolgt ausschließlich zentral, im Namen und auf Rechnung der Holding. Die Finanzmittelbedarfe der Einzelunternehmen werden durch

Ausreichung von Gesellschafterdarlehen seitens der Holding gedeckt. Hierbei wurden die Altdarlehen bei den Einzelunternehmen belassen, deren Verwaltung allerdings zentral durch die Holding erfolgt.

3.1.1.3. Konsortialfinanzierung

Im Rahmen der zentralen Konzernfinanzierung konnte im Geschäftsjahr der Finanzmittelbedarf der SWH-Gruppe für die nächsten 7 Jahre durch einen Konsortialkredit mit 9 Geschäftsbanken gesichert werden. Der Konsortialkredit hat ein Volumen von 275 Mio. EUR (davon 60 Mio. EUR als Betriebsmittellinie) und ist im Jahr 2024 endfällig. Zudem besteht eine Erhöhungsoption für den Fall derzeit noch nicht absehbarer Investitionen. Der größte Fremdmittelbedarf resultierte aus der Entscheidung zur Modernisierung des Heizkraftwerks Dieselstraße der EVH. Dieser hätte in den Jahren bis 2020 die Bonität der Stadtwerke-Gruppe vorübergehend stark belastet, weshalb zur Sicherstellung der Finanzmittelversorgung die Kreditaufnahmen der folgenden 7 Jahre vorgezogen wurde. Zur Absicherung des in Anspruch genommenen Konsortialkredits haftet die SWH GmbH als Schuldner, die HAVAG, die EVH GmbH und die HWS GmbH sowie die SWH als Garantgeber aus selbstständigen Garantieverprechen.

3.1.1.4. Compliance-Management System

Im Geschäftsjahr wurde die Stelle des Compliance-Beauftragten durch eine Volljuristin besetzt. Neben der Umsetzung der bereits fertig gestellten Konzeptteile des Compliance-Management-Systems (CMS), wurde das System um die Konzeptelemente erweitert und optimiert. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit stellt die Prävention und Sensibilisierung der Mitarbeiter durch Schulungen und Kommunikationsmaßnahmen dar.

3.1.1.5. Unternehmenstransparenz

Im Rahmen der Sicherstellung der Unternehmenstransparenz der Stadtwerke Halle-Gruppe wurden die jährlichen Übersichten zu allen abgeschlossenen Werbevereinbarungen (Sponsoring) sowie Werbepartnern und zu allen geleisteten Spenden für das Jahr 2017 erstellt und im Internet veröffentlicht.

Ebenso wurden alle nebenamtlichen und ehrenamtlichen Tätigkeiten der Geschäftsführungen der Stadtwerke-Unternehmen sowie die Vereinsmitgliedschaften der Unternehmen der SWH-Gruppe auf unserer Homepage veröffentlicht.

3.1.2. Energie

Die zum 1. Januar 2017 gestiegene EEG-Umlage (2017: 6,880 Cent je kWh; Vorjahr: 6,354 Cent je kWh) führte zu einem leichten Anstieg der Strompreise gegenüber dem 1. Januar 2016. Durch permanente Optimierung der Beschaffung und durch weitere Effizienzsteigerungen konnten diese Mehrkosten teilweise kompensiert werden.

Gleichzeitig wurden die Preise für Erdgas im Netzgebiet Halle (Saale) für variable Produkte und in der Grundversorgung im Vergleich zu 2016 gesenkt.

Im September 2017 feierte die von der EVH initiierte Energiegemeinschaft Halle (Saale) e. V. ihr 25-jähriges Jubiläum. Diese versteht sich als Kommunikationsplattform im Bereich der energienahen Anwendungen. Dabei soll der Erfahrungsaustausch zwischen Handwerk, Fachhandel, Herstellern von Anlagen bzw. Bauteilen und anderen Anwendern, wie Wohnungsunternehmen und Planungsbüros sowie dem örtlichen Energieversorger gefördert werden. Die Energiegemeinschaft vereint in ihren drei Fachgruppen Elektro, Fernwärme und Gas aktuell etwa 500 Mitglieder.

Auf Einladung der EVH diskutierte Energiestaatssekretär Klaus Rheda vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie Sachsen-Anhalts in Vertretung für Umweltministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert in einem Abschlussworkshop am 25. Oktober 2017 im Kraftwerkspark Dieselstraße die Ergebnisse der Studie „Potentiale der Sektorkopplung und Nutzung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Wärmebereich in Sachsen-Anhalt“. Die Workshop-Teilnehmer nutzten vor Ort die Möglichkeit, den neuen Energie- und Zukunftsspeicher der EVH zu besichtigen. Über diesen Speicher mit einem Volumen von

50.000 Kubikmetern will die EVH in Kombination mit „Power to Heat“ und Großwärmepumpen den Anteil Erneuerbarer Energien in der Fernwärme weiter erhöhen und den Strom- und Wärmemarkt noch besser koppeln. Der Speicher stellt das Herzstück der „Energie-Initiative Halle (Saale)“ dar, welche die 21 größten Energieabnehmer aus Wohnungswirtschaft, Industrie und Forschung der Stadt Halle (Saale) umfasst und gemeinsam mit der Stadt Halle (Saale), der SWH und der EVH ins Leben gerufen wurde. Ihr Ziel ist es, Verbraucher auch künftig sicher, zuverlässig, umweltschonend und bezahlbar mit Energie zu versorgen. Deshalb verpflichtet sich die EVH, ihre Kraftwerke zu modernisieren, die Fernwärme weiter auszubauen und den Primärenergiefaktor stabil zu halten. Die Partner der Initiative setzen im Gegenzug dort weiter auf Fernwärme, wo es technologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Am 9. November 2017 haben die Aufsichtsräte der EVH und SWH in einer gemeinsamen Sitzung die Investitionen für das geplante „KWK 35-Projekt zur flexiblen Wärme- und Stromerzeugung 2035“ sowie dessen Finanzierung final beschlossen. Bis 2020 sollen 110 Millionen Euro investiert werden. Die EVH hat mit dem Projekt „KWK 35“ die Weichen zur Nutzung der Fördermöglichkeiten des novellierten Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetzes (KWKG) gestellt. Das Projekt dient der zukunftsfähigen Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße, um die vom Markt geforderte Flexibilität für die Strom- und Fernwärmeerzeugung sicherzustellen. Dabei kann die EVH sowohl von der Bestands- als auch von der Modernisierungsförderung profitieren.

3.1.3. Wasser und Entsorgung

Mit dem Anspruch, zu den 25 % der Besten der Branche zu gehören, formuliert die HWS ihre langfristige strategische Zielstellung, die durch Umsetzung von Maßnahmen des Effizienz- und Effektivitätsprogramms „HWS 2020“ untersetzt werden. Dazu begann die HWS im Jahr 2017 die Testphase der Umsetzung der operativen Exzellenz durch Festlegung abteilungsbezogener Kennzahlen mit klar definierten Zielwerten.

Zur Nutzung der sog. Installationsgänge (I-Gänge) konnten im Jahr 2017 mit allen Wohnungsgesellschaften Vergleichsvereinbarungen abgeschlossen werden und somit bestehende Risiken beseitigt werden.

Mit dem Wasser- und Abwasserzweckverband Saalkreis (WAZV) konnten im Schlichtungsverfahren zur Eigenkapitalverzinsung sowie im Schiedsgerichtverfahren zu den Netztrennungskosten eine wirtschaftlich gute Einigung erzielt werden.

Im Jahr 2017 wurden weitere Maßnahmen zur Beseitigung von Hochwasserschäden des Jahres 2013 im Wasser- und Abwasserbereich durchgeführt. Derzeit liegen 32 Zuwendungsbescheide in einem Umfang von 39,7 Mio. EUR vor. 20 der bewilligten 32 Maßnahmen konnten bereits abgeschlossen werden, 12 befinden sich in Umsetzung, dabei wurden bereits Fluthilfemittel in Höhe von 23,8 Mio. EUR abgerufen.

Durch Umsetzung der Reparaturstrategie Kanalnetz als Bestandteil der Substanzwerterhaltungsstrategie des Unternehmens konnten die Zustandsklassen des Kanalnetzes durch punktuelle Reparaturen wesentlich verbessert werden. Bis zum Dezember 2017 konnten 34 km Kanalnetz in 10 Reparaturgebieten bearbeitet werden. Im Ergebnis wurden die Zustandsklassen 3 und besser erreicht. Diese Vorgehensweise zeichnet sich durch hohe Kosteneffizienz und eine schnelle und unkomplizierte Umsetzung aus, da oftmals Robotertechnik eingesetzt wird und aufwändige Straßensperrungen oftmals vermieden werden können.

Zur Sicherstellung der mit der positiven Umsatzentwicklung verbundenen Erhöhung der umzuschlagenden Abfallmengen, zur Steigerung der Sicherheit für Kunden als auch Mitarbeiter und zur Optimierung der logistischen Abläufe wurde die Umgestaltung des Entsorgungsstandortes Äußere Hordorfer Straße im Jahr 2017 weitergeführt.

Die RAB investierte 2017 in einen zusätzlichen stationären Vorzerkleinerer zur Behandlung der Abfallfraktionen Sperrmüll und Baumischabfälle. Dies ermöglicht eine optimierte Behandlung der Sperrmüll- und Baumischabfälle in der mechanischen Abfallbehandlungsanlage.

3.1.4. Geschäftsfeld Mobilität

Zur Optimierung der Verkehrsleistungen der HAVAG erfolgte bereits im Dezember 2016 eine Neuordnung des Busnetzes Halle-Süd und Halle-Ost. Gleichzeitig wurde damit die Verkehrsleistung an die geänderte Nachfrageentwicklung der Fahrgäste sowie an das geänderte Verkehrsangebot anderer Verkehrsträger (S-Bahn) angepasst. Wesentliche Prämissen der vorgenommenen Optimierung waren die Neuordnung der Linienführungen Bus zu einem bedarfsgerechten Angebot, der Abbau von Parallelverkehren, die Stärkung des innerstädtischen öffentlichen Personennahverkehrs durch Schnittstellenabstimmung und Taktverdichtung sowie letztlich die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Die Neuordnung des Busnetzes wurde im Berichtsjahr 2017 von einer steigenden Anzahl von Fahrgästen wahrgenommen.

Mit der Neupositionierung des CTHS als Terminal des Kombinierten Verkehrs (KV) in Mitteldeutschland gelang es, international agierende Logistiker für eine Abwicklung ihrer Leistungen über die CTHS zu interessieren. Die Leistungen umfassen den Bahntransport, den Umschlag und die temperaturgeführte Lagerung von Kühlcontainern.

Anfang Dezember 2017 nahm ein privater Spediteur regelmäßig Zugverkehre zwischen Rostock und der CTHS mit zwei Halb-Zügen je Woche und Richtung auf.

Ein seit mehr als 10 Jahren am Standort tätiger Zugbetreiber hat im Dezember 2017 seine Verkehre eingestellt. Mit je drei ein- und ausgehenden wöchentlichen Containerzügen hatte dieser einen signifikanten Anteil am Umschlagsvolumen. CTHS konnte einen Teil der Verkehrsnachfrage aufnehmen.

3.1.5. Geschäftsfeld Services

Die IT-Consult Halle GmbH absolvierte mit Erfolg das externe Überwachungsaudit zum Qualitätsmanagement (DIN EN ISO 9001:2015) und die daran geknüpfte Verbundzertifizierung zur IT-Sicherheit (ISO/IEC 27001:2013) sowie die Re-Zertifizierung für den SAP-Certified Provider of Hosting Services.

Im Jahr 2017 hat die ITC begonnen, für die Stadt Halle ein ganzheitliches Konzept zur Erneuerung der IT-Landschaft für alle halleschen Schulen in Trägerschaft der Stadt Halle zu erarbeiten. Dies umfasst 68 Schulen mit ca. 2.500 IT-Arbeitsplätzen für ca. 22.000 Schüler.

Ebenfalls in 2017 erhielt die ITC den Zuschlag für ein Projekt zur Einführung von SAP HCM (Personalwesen) bei der Landeshauptstadt Dresden, für welches eine Laufzeit bis mindestens 2020 vorgesehen ist.

Der Bäder Halle GmbH wurden für Sicherungsmaßnahmen an der äußeren Fassade des Stadtbades Fördermittel in Höhe von 1.112,4 TEUR (netto) bereitgestellt. Die Sanierung konnte im Sommer 2017 größtenteils abgeschlossen werden. Witterungsbedingt konnten die zu erneuernden Holzfenster als letzte Maßnahme erst in der Schließzeit im Februar 2018 eingebaut werden.

Die Sanierung des 2016 zu Tage getretenen weiteren Hochwasserschadens am Schwimmerbecken des Freibades Saline startete am 04. September 2017 und soll zum Beginn der Freibadsaison 2018 abgeschlossen sein.

Bei der SHS Energiedienste GmbH war das vergangene Geschäftsjahr maßgeblich von der Abspaltung des Teilbetriebs Stadtbeleuchtung geprägt.

3.2. Marktbezogene Entwicklungen

3.2.1. Energie

Auf dem deutschen Strom- und Gasmarkt herrscht weiterhin ein scharfer Wettbewerb. Die Wettbewerber nutzen eine Vielzahl von Vertriebskanälen zur Gewinnung von Marktanteilen. Auch die verbesserten Kundenangebote mit verkürzten Wechselfristen sowie der verbesserte Datenaustausch zwischen Lieferanten und Netzbetreibern haben Einfluss auf den Wettbewerb. Dabei ist bei insgesamt steigenden staatlichen Preisbestandteilen ein immer kleinerer Anteil im Wettbewerb gestaltbar.

Die Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien führt seit Jahren zu wachsenden Überkapazitäten und Volatilität am Strommarkt. Die Großhandelspreise für Strom und Gas entwickelten sich im abgelaufenen Jahr 2017 wie folgt:

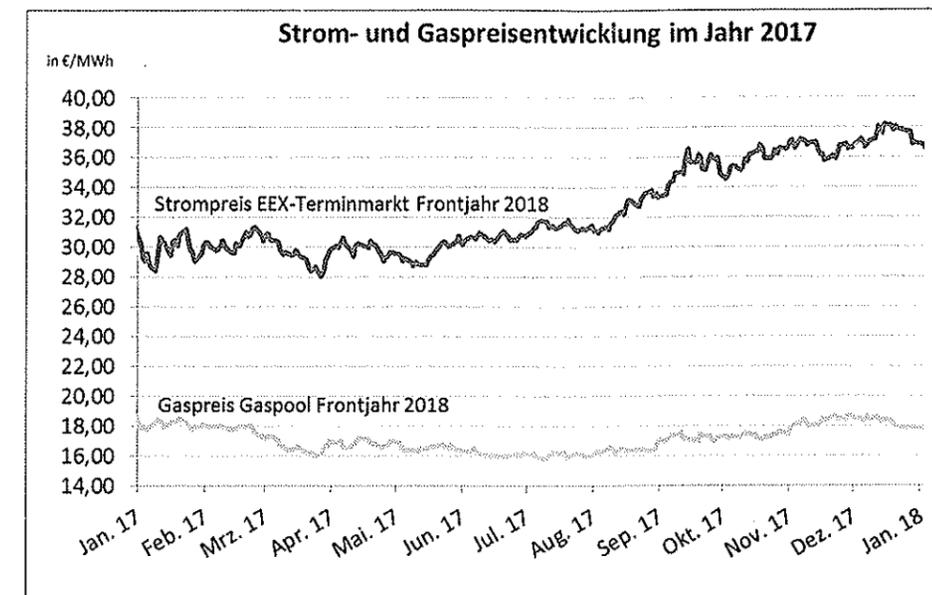


Abbildung 4: Strom- und Gaspreisentwicklung

Die Preisverläufe von Strom und Gas bedingen den für unser Geschäftsfeld erfolgsrelevanten Spark Spread für die Stromerzeugung. Der Spark Spread stieg durch steigende Strompreise bis auf ca. 15 EUR pro MWh im Dezember an. Diese positive Entwicklung stellt eine Verbesserung der Rahmenbedingung dar. Aufgrund einer langfristigen Preissicherungsstrategie profitiert die EVH mittelfristig von den Auswirkungen.

3.2.2. Wasser und Entsorgung

Die Entwicklung wesentlicher Kostenparameter wie Personal, Energie und Treibstoff gestaltete sich im Geschäftsfeld erwartungsgemäß.

Die Preise für Altholz blieben weitestgehend stabil, gleiches gilt für die thermische Verwertung von Gewerbeabfällen. Kurzfristig werden keine größeren Schwankungen erwartet. Die Preise für Kunststoffe setzten auch im vierten Quartal ihre Talfahrt aufgrund der Entwicklungen des chinesischen Marktes unvermindert fort. Auch bei PPK musste im letzten Quartal 2017 ein teils deutlicher Rückgang der Preise beobachtet werden. Die Rohstoffpreise für Stahlschrott verharren trotz kleinerer Schwankungen auf hohem Niveau. Der allgemeine Trend der Preisentwicklung bleibt auf Grund von Rohstoffspekulationen an den Börsen weiterhin kurzfristigen Schwankungen unterworfen. Die Entsorgung von Abfällen wird durch die HWS in der Regel ausgeschrieben und über Jahres- bzw. Zweijahresverträge fest vereinbart. Lediglich Mengen, die über den Ausschreibungs- oder Vertragsrahmen hinausgehen, sind unterjährigen Preisschwankungen unterworfen. Der Bezug von Trinkwasser ist in einem langfristigen Liefertrag mit Preisgleitklausel geregelt.

Die Vergütung im Wertstoffbereich erfolgt auf Grundlage von Indizes, sodass Marktschwankungen weitergegeben werden können.

Auch im Geschäftsjahr 2017 musste die AWH die Annahme von Verwertungsabfällen beschränken, da die genehmigten Einbaumengen begrenzt sind und beantragte neue Genehmigungen noch nicht entschieden wurden. Die positiven Entwicklungen der Anlieferpreise als Folge des sich verknappenden Deponieraumes werden von der AWH konsequent berücksichtigt.

3.2.3. Mobilität

Im Jahr 2017 sind die bundesweiten Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr erneut gestiegen. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen bilanziert bundesweit für den öffentlichen Personennahverkehr einen Fahrgastrekord von 10,3 Mrd. Kunden. Das entspricht einer Steigerung von 1,4 % gegenüber dem Vorjahr.

Im Verkehrsgebiet der HAVAG konnten wir im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 abermals einen überdurchschnittlichen Fahrgastzuwachs von 2,0 % verzeichnen, welcher damit über dem Bundesdurchschnitt liegt. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen, dass die Nahverkehrsunternehmen attraktive, leistungsfähige und verlässliche Angebote zu angemessenen Preisen bieten.

Im Containergeschäft war die Wettbewerbssituation im Kombinierten Verkehr sowohl in Mitteleuropa als auch national und global weiterhin angespannt. Überkapazitäten in der Containerschifffahrt haben zu anhaltenden Konsolidierungsbestrebungen, verbunden mit Transportverteuerungen seitens der Reeder, geführt. Die Fusionsaktivitäten der global agierenden Reeder führten auch im Logistikbereich der Seehafenhinterland-Terminals zu Marktverwerfungen und Neuausrichtungsprozessen im Containergeschäft.

Erschwerend kam hinzu, dass durch die dauerhaft geringen Treibstoffkosten der Straßentransport weiterhin intensiv in den Markt des Kombinierten Verkehrs drängt.

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte der Container-Umschlag im Geschäftsjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr um 6,6 % gesteigert werden.

3.3. Politische und rechtliche Entwicklungen

3.3.1. Energie

Der Bundestag hat am 30. Juni 2017 das Gesetz zur Modernisierung der Netzentgeltstruktur (NEMoG) beschlossen. Das NEMoG soll die schrittweise Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte regeln. Zum 1. Januar 2018 wird die Berechnungsgrundlage für vermiedene Netzentgelte auf das Niveau des Jahres 2016 begrenzt und die Vergütung für neu in Betrieb gehende volatile Einspeiser (Wind- und Photovoltaik) entfällt. Die Umsetzung führt zu geringeren Erträgen aus vermiedener Netznutzung für die Erzeugungsanlagen der Gruppe, jedoch ist positiv zu beurteilen, dass die diskutierte Abschmelzung der Entgelte für konventionelle Bestandsanlagen verworfen wurde.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat das Förderprogramm „Modellvorhaben Wärmenetzsysteme 4.0“ aufgelegt. Diese Systeme sollen sich durch hohe Anteile erneuerbarer Energien (mindestens 50 %), die effiziente Nutzung von Abwärme sowie ein deutlich niedrigeres Temperaturniveau auszeichnen. Das Förderprogramm bezuschusst sowohl Machbarkeitsstudien als auch die Projektrealisierung.

Weiterhin vermutet das BMWi im Rahmen des Monitoring zur Angemessenheit der KWK-Fördersätze eine Überförderung. Daher steht eine mögliche Kürzung der Bestandsförderung gemäß KWKG für die Jahre 2018 und 2019 in der politischen Diskussion.

Mit Beschluss vom 13. Dezember 2017 hat die Bundesnetzagentur den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (GSP) Gas im Wege einer vorläufigen Anordnung festgelegt. Danach soll der GSP Gas für die dritte Regulierungsperiode 0,49 % betragen. Dieser Wert ist bundesweit von allen der Anreizregulierung unterliegenden Gasnetzbetreibern zu beachten und in der Erlösbergrenze umzusetzen. Da Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Anordnung bestehen und die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sind – die Branche hatte sich einen geringeren Wert erhofft – wird mit Einsprüchen sowie einer gerichtlichen Überprüfung gerechnet.

Die Europäische Kommission hat am 19. Dezember 2017 eine Pressemitteilung zur beihilferechtlichen Genehmigung von Regelungen über die Eigenversorgung gemäß EEG veröffentlicht. Die Genehmigung umfasst u. a. die vollständig von der EEG-Umlage befreiten Bestandsanlagen, die Rechtsnachfolgerege-

lung und den vielfach als „Amnestieregelung“ bezeichneten § 104 Abs. 4 EEG. Ausgenommen von der beihilferechtlichen Genehmigung sind allerdings ab dem 1. Januar 2018 sogenannte KWK-Neuanlagen. Unter diesen Begriff fällt möglicherweise auch das im Rahmen des KWK 35-Projektes zu modernisierende Kraftwerk Dieselstraße. Diesbezügliche Auswirkungen werden aktuell einer rechtlichen und wirtschaftlichen Bewertung unterzogen.

3.3.2. Wasser und Entsorgung

Die Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung ist am 03. Oktober 2017 mit der Zielstellung eines mittelfristig flächendeckenden Einsatzes technischer Verfahren für eine Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm sowie einer Verringerung der bodenbezogenen Klärschlammverwertung in Kraft getreten. Durch die HWS entsorgte Klärschlämme erfüllen mit ihren Inhaltsstoffen die strengen Vorgaben der Dünge- und der Klärschlammverordnung, eine landwirtschaftliche, landbauliche oder eine Kompostierung der entwässerten Schlämme ist somit weiterhin möglich.

Mit der zum 1. August 2017 in Kraft getretenen Novelle der Gewerbeabfallverordnung fördert der Gesetzgeber die getrennte Erfassung von stofflich verwertbaren Abfällen und fördert somit das Recycling bzw. die Wiederverwertung. Dies führt zu neuen Anforderungen an Abfallerzeuger, vor allem bei den erweiterten Getrenntsammlungs- und Dokumentationspflichten; auch Entsorger müssen sich auf Neuerungen einstellen. Die HWS informierte ihre Kunden frühzeitig und unterstützt bei Umsetzung und Dokumentation.

3.3.3. Mobilität

Angesichts der aktuellen Klimaschutzdiskussionen und der fortschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft sowie der sich abzeichnenden Veränderungen der Nutzungsgewohnheiten der Bevölkerung bei der Wahl ihrer Verkehrsmittel, insbesondere in Großstädten und Ballungsräumen, nimmt auch der politische Wille, Mobilität und Verkehr zukunftsfähig zu gestalten, rasant zu.

Der Schienenpersonenverkehr wird zu einem wesentlichen Teil aus Regionalisierungsmitteln des Bundes finanziert. Dazu regelt das Regionalisierungsgesetz (RegG) die gesamte Höhe der Bundesmittel und deren Verteilung auf die Bundesländer.

Bund und Länder einigten sich bereits im Jahr 2015 darauf, die Regionalisierungsmittel in 2016 auf 8 Mrd. € zu erhöhen und ab 2017 bis 2031 um jährlich 1,8 % zu dynamisieren. Die Aufteilung der Mittel auf die Bundesländer erfolgt nach dem „Kieler Schlüssel“. Wegen der damit verbundenen Benachteiligung der ostdeutschen Länder wurde im Jahr 2016 mit Wirkung ab dem 01. Januar 2016 eine weitere Aufstockung der Regionalisierungsmittel um 0,2 Mrd. € auf 8,2 Mrd. € beschlossen. Die zusätzlich bereitgestellten 0,2 Mrd. € werden nunmehr nach einem gesonderten Schlüssel auf die benachteiligten Bundesländer verteilt.

Darüber hinaus lassen die verkehrspolitischen Regelungen im neuen Koalitionsvertrag erkennen, dass CDU/CSU und SPD in den kommenden Jahren auf eine nachhaltige Stärkung und den Ausbau des ÖPNV sowie der Eisenbahn setzen - und dieses auch mit der Bereitschaft untersetzen, deutlich mehr Mittel für Wachstum im öffentlichen Verkehr bereitzustellen. Insbesondere sollen die Mittel für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bis 2021 auf jährlich eine Milliarde Euro erhöht und danach jährlich dynamisiert für Aus- und Neubaumaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Für die HAVAG ist die Umsetzung dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherung der notwendigen finanziellen Zuwendungen für den Neu- und Ausbau des städtischen Nahverkehrs und explizit für die Fortführung des Stadtbahnprogrammes von großer Bedeutung.

3.3.4. Services

Mit Inkrafttreten der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) ab dem 25. Mai 2018 sind Unternehmen und öffentliche Institutionen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten erstmals unmittelbar an

europäisches Recht gebunden. Die Vorgaben der Verordnung soll unser IT-Dienstleister konzernweit in die bestehenden unternehmensinternen Prozesse und IT-Systeme umsetzen.

Von bedeutender Relevanz für unsere Unternehmen der Service-Sparte sind aufgrund der arbeitsintensiven Betätigungsfelder die regelmäßigen Tarifverhandlungen sowie die Entwicklung des Mindestlohnes.

Weitere Veränderungen der politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen mit wesentlichem Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen der Sparte Services sind im Jahr 2017 nicht aufgetreten.

3.4. Wesentliche Erfolgsfaktoren

3.4.1. Energie

Wesentlicher Erfolgsfaktor für den Verkauf von Strom, Gas und Fernwärme ist das Verbrauchsverhalten in Folge der Witterungsverhältnisse. Die Entwicklung der Gradtagszahl spiegelt die vergleichsweise warme Witterung im abgelaufenen Geschäftsjahr wider. Zum 31. Dezember 2017 summierte sich die Gradtagszahl auf 3.373 und zeigte im Vergleich mit dem Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2015 (Grundlage der Planung) eine Unterschreitung (-2,7 %). Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine um 1,2 % niedrigere Gradtagszahl.

Neben den Witterungseinflüssen wirkt der sich weiter verschärfende Wettbewerb erfolgsbestimmend auf die Absatzentwicklung im Endkundensegment.

Erfolgsfaktor für den Erzeugungsbereich ist der Spark Spread (Erzeugungsmarge). Dieser entspricht der Differenz zwischen dem Stromerlös und den für die Produktion notwendigen Aufwendungen für den Gaseinsatz. Die in Gliederungspunkt 3.2.1 dargestellte Preisentwicklung verdeutlicht die nach wie vor volatile Marktsituation für konventionelle Kraftwerke, wengleich sich der Gesamtmarkt im Jahresverlauf positiv entwickelt hat.

Strom- und Gasversorgungsnetze unterliegen einer staatlichen Regulierung. Durch die „Verordnung über die Anreizregulierung der Energieversorgungsnetze“ (ARegV) wird den Netzbetreibern eine Erlösobergrenze gesetzt, die den zulässigen Netzkosten entspricht. Mit Hilfe eines Regelverfahrens im Rahmen eines bundesweiten Effizienzvergleichs werden durch die Regulierungsbehörden die individuellen Effizienzwerte eines jeden Netzbetreibers ermittelt. Auf Basis dieses Effizienzvergleichs wird die relative Kosteneffizienz des Netzbetreibers bestimmt. Der effizienteste Netzbetreiber gilt als Messgröße für alle anderen. Es gilt die unter Umständen bestehenden individuellen Ineffizienzen abzubauen.

3.4.2. Wasser und Entsorgung

Der Erfolg des Geschäftsfeldes wird maßgeblich durch die Verbrauchs- bzw. Aufkommensmengen in den originären bzw. betriebsgeführten Versorgungsgebieten beeinflusst.

Die witterungsbedingten Schwankungen, die Bevölkerungsentwicklung und das sparsame Verbrauchsverhalten üben den größten Einfluss auf die Erlöse aus dem Trinkwasserabsatz und damit auf das Schmutzwasseraufkommen aus. Sowohl in der Wasserversorgung als auch in der Abwasserentsorgung haben sich die Absatzleistungen gegenüber dem Vorjahr leicht positiv entwickelt.

Der Erfolg im Bereich Entsorgung, Behälterservice und Recycling ist vor allem von der Anzahl der Haushalte bzw. der Anzahl der aufgestellten Müllsammelbehälter sowie von den Entsorgungsmengen abhängig. Hierbei hat die stoffliche Zusammensetzung der Entsorgungsmengen einen hohen Einfluss auf die Sortierungs- und Verwertungserträge des Geschäftsfeldes. Aber auch die preisliche Entwicklung auf dem Sekundärrohstoffmarkt ist ein weiterer wesentlicher Einflussfaktor.

Die Erfolgsposition in der Gebäudereinigung sowie bei der Straßenreinigung ist von der Anzahl der kontrahierten Reinigungsflächen bzw. Kehrkilometer abhängig.

Die Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Halle-Lochau ist maßgeblich abhängig von den angenommenen Mengen an Verwertungsabfällen. Aufgrund der schwierigen Genehmigungssituati-

on ist hier eine Verringerung der angenommenen Menge an Verwertungsabfällen und daraus resultierend eine Umsatzverringerng zu konstatieren.

3.4.3. Mobilität

Zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren im ÖPNV zählen auf der Erlösseite die Anzahl der Fahrgäste, die Attraktivität des Verkehrs- und Tarifangebotes sowie die Witterungs- und Baustellenverhältnisse.

Das Leistungsangebot des ÖPNV nutzten im Jahr 2017 insgesamt 54,9 Mio. Fahrgäste. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Erhöhung um 1,1 Mio. Beförderungsfälle dar. Damit konnten wir zum dritten Mal in Folge steigende Fahrgastzahlen verzeichnen. In Bezug auf die einzelnen Kundengruppen waren unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten.

Das gestellte Planziel von 53,1 Mio. Fahrgästen konnten wir damit durch gezielte Kundenbindung und den leichten Anstieg der Bevölkerung um 1,8 Mio. überschreiten.

Als öffentliches Terminal des Kombinierten Verkehrs und Dienstleister im Logistikbereich sind wir in einem sehr wettbewerbsintensiven Wirtschaftsbereich tätig. Für den Unternehmenserfolg sind deshalb insbesondere die Gewährleistung eines hohen Maßes an Qualität und Zuverlässigkeit in der Leistungserbringung, die Akquise und langfristige Bindung von Neukunden sowie ein tieferer Einstieg in die Wertschöpfungskette der Logistik von großer Bedeutung.

Neben den Umschlagsleistungen im Terminal haben wir deshalb auch das Angebot der Organisation komplexer Transportketten Überseehafen – Kunde und umgekehrt am Markt platziert.

Neben der Bindung der Kunden bewirken diese Leistungen auch deutliche Umsatzsteigerungen in den Bereichen Dispositive Leistungen und Containerumschlag. Die für den Unternehmenserfolg signifikanten operativen Aufwandspositionen betreffen die Kosten für Kraft- und Schmierstoffe sowie Fremdleistungen.

3.4.4. Services

Erfolgsgaranten stellen eine langfristige vertragliche Sicherung der Leistungsbeziehungen, eine hohe Flexibilität in Bezug auf erforderliche Kapazitätsanpassungen, eine hohe Mitarbeitermotivation und -qualifikation, Servicequalität verbunden mit Termintreue, der Einsatz innovativer und sicherer Technik sowie eine optimale Kostenstruktur dar.

Darüber hinaus ist der Freizeitbereich des Geschäftsfeldes stark vom Bekanntheitsgrad und Akzeptanz in der Bevölkerung, der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Freizeiteinrichtungen und den nicht beeinflussbaren Witterungsverhältnissen abhängig.

3.5. Forschung und Entwicklung

3.5.1. Unternehmensgruppe

Die Unternehmensgruppe arbeitet intensiv mit dem Technologie- und Gründerzentrum Halle und der Transfergesellschaft Univations GmbH der Martin-Luther Universität zusammen. Durch Kooperationen mit Unternehmen aus dem Start-up-Sektor sollen innovative Lösungen für Produkte, Dienstleistungen und Prozesse erschlossen werden.

3.5.2. Energie

Das Investitionsportfolio beinhaltet den Neubau eines großen Energie- und Zukunftsspeichers am Kraftwerksstandort Dieselstraße. Mit diesem besteht die Möglichkeit, den Wärmebedarf von der Erzeugung zu entkoppeln, um positive Preiseffekte in der Stromvermarktung zu nutzen. Das Speicherprojekt ist Bestandteil des Gesamtprojektes „KWK 35“, welches die grundlegende Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße zum Inhalt hat und der zukunftsfähigen Flexibilisierung der Strom- und Wärmeerzeugung unter Nutzung der neuen Fördermöglichkeiten des novellierten KWKG dient. Die Inbetrieb-

nahme des Energie- und Zukunftsspeichers soll im September 2018 erfolgen. Mit dem Speicher erreichen wir eine Kopplung der Faktoren Strom und Wärme.

3.5.3. Wasser und Entsorgung

Zur Optimierung von Prozessen und Arbeitsabläufen und damit verbundenen Wirtschaftlichkeitssteigerungen kooperieren wir mit Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen der Region. Im Berichtsjahr und darüber hinaus laufende Projekte sind:

- Einführung eines sog. Alterungsmodells als Grundlage einer langfristigen Erneuerungs-, Renovations- und Instandhaltungsplanung für das Kanalnetz
- Neuordnung und Optimierung der Tourenpläne im Bereich der Straßen- und Gehwegreinigung, der Sinkkastenreinigung und der Behälterentsorgung
- Entwicklung einer DIN-Norm zur Bestimmung des leicht freisetzbaren Sulfids in Zusammenarbeit mit dem DIN-Normenausschuss Wasserwesen
- Rohrschweißen mit Laserstrahlung unter Baustellenbedingungen

3.5.4. Mobilität

Das Gemeinschaftsforschungsprojekt „Stadtklima“, eine Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Umweltschutz, zur urbanen Klimaentwicklung in der Region wurde im dritten Jahr erfolgreich fortgesetzt. Mittlerweile konnten den Projektpartnern mit Hilfe der Messeinrichtungen an drei Straßenbahnen Milliarden von Daten zur Verfügung gestellt werden. Begleitet durch eine Fahrgastbefragung konnten erste Zwischenergebnisse ausgewertet werden, sodass mit diesem Fortschritt die planmäßige Beendigung des Projektes im Jahr 2018 umgesetzt werden kann.

Im Ergebnis des „Nationalen Forums Diesel“ am 2. August 2017 will die Bundesregierung zur Unterstützung der Kommunen bei der längerfristigen Gestaltung nachhaltiger und emissionsfreier Mobilität einen „Fonds: Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ auflegen. Das Ziel ist, für die, von besonders hohen NO₂-Belastungen betroffenen, Regionen einen individuellen Masterplan („Green-City-Plan“) zu entwickeln und mit Digitalisierung, intelligenten Verkehrssystemen, intermodalen Mobilitätslösungen sowie mit zunehmender Automatisierung und Vernetzung im Individual- und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) umzusetzen.

Hierfür hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Dezember 2016 eine Förderrichtlinie „Automatisiertes und vernetztes Fahren“ erlassen, die mit Stand 30. August 2017 überarbeitet wurde.

Die Stadt Halle (als Projektkoordinator) hat einen Antrag auf Förderung im Rahmen des Sonderprogramms zur Förderung der Erstellung von Masterplänen gestellt. Sie hat gemeinsam mit der HAVAG als Projektpartner Ende September 2017 eine Projektskizze beim Bundesministerium eingereicht. Schwerpunkte des Antrages sind die nachhaltige Senkung der Stickstoffdioxidbelastung, die Förderung und Attraktivierung des ÖPNV, der Ausbau der Elektromobilität und die umweltsensitive Verkehrssteuerung in Großstädten. Für die Erarbeitung des Masterplanes erhielt die Stadt Halle (Saale) Ende des Jahres 2017 den Zuschlag.

Unter Federführung der HAVAG wird eine interaktive Karte mit dem Arbeitsnamen „Mobile M.app“ als Auskunftssystem für den ÖPNV entwickelt. In der ersten Ausbaustufe sollen vorwiegend die Positionen von Omnibussen und Straßenbahnen in Echtzeit dargestellt werden. Darüber hinaus ist die Darstellung der angebotenen Lade-Infrastruktur der Unternehmen der Stadtwerkegruppe für Elektrofahrzeuge geplant.

Seit November 2015 ist die HAVAG Projektpartner bei der Initiative des Landes Sachsen-Anhalt zur Einführung von Elektrobussen. Die Voruntersuchungen sind mittlerweile abgeschlossen. Eine detaillierte Untersuchung des Einsatzes von eBussen insbesondere deren Eignung für den Linienverkehr wird im Jahr 2018 ausgeschrieben.

Basierend auf den Forschungs- und Entwicklungsvorhaben zur Barrierefreiheit der vergangenen Jahre folgt nunmehr die Vorbereitung der angestrebten Fortführung. Unterstützt durch den Fahrgastbeirat der HAVAG und das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr wurde der Antrag für das „Barrierefreie Informations- und Ortungssystem“ entworfen. Zu Beginn des Jahres 2018 soll im Rahmen dieses Gemeinschaftsvorhabens die technische Umsetzung in der Stadt Halle (Saale) erfolgen.

3.5.5. Services

Die ITC hat im Rahmen des Förderprogrammes „Forschung und Entwicklung“ des Landes Sachsen-Anhalt einen Zuwendungsbescheid (40 % Förderquote) für ihr Projekt „Digitale Patientenakte“ erhalten. Im Ergebnis des Förderprojektes erwartet die ITC eine gute Ausgangsbasis für den weiteren Ausbau der Aktivitäten im Bereich Medizin-IT.

4. Personalbericht

4.1. Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM)

Neben der strategischen und der operativen Ebene wurde die Struktur des BGM in den einzelnen Unternehmen weiterentwickelt.

2017 stand die Zielgruppe der Auszubildenden im Fokus des BGM. In verschiedenen Workshops mit den Auszubildenden wurden deren Anregungen an eine attraktive Berufsausbildung sowie Verbesserungsmöglichkeiten aufgenommen und ausgewertet. Ziel ist es, gesundheitliche Aspekte zu fördern und im regulären Ausbildungsbetrieb anzuwenden. Ein erster Schritt dahingehend wurde im Oktober bereits umgesetzt. Mitglieder des betrieblichen Gesundheitsmanagements haben die Auszubildenden, die im August 2017 ihre Ausbildung starteten, ausführlich zu Angeboten, Strukturen und Ansprechpartnern in den jeweiligen Geschäftsfeldern informiert. Im kommenden Jahr wird der Fokus darauf liegen, das BGM-Konzept für die Auszubildenden zu finalisieren und erste sich daraus ergebende Schritte umzusetzen.

4.2. Karrierewebsite

Die Karrierewebsite wurde weiter optimiert. Neben der Abbildung von Initiativen und Kooperationen können die neuen Azubi-Videos den Bewerbern authentische Einblicke in die Arbeitswelt des jeweiligen Berufes vermitteln. Darüber hinaus zielen die Videos auch darauf ab, das Image der Stadtwerke Halle-Gruppe als attraktiver Arbeitgeber/Ausbildungsunternehmen zu vermitteln. Die Verbreitung der Videos erfolgte neben der Integration der Karrierewebsite auch auf den sozialen Medien (Facebook / YouTube). Für das kommende Jahr steht eine Überarbeitung der Karrierewebsite auf dem Programm. Im Fokus wird der Bewerbungsprozess mit dem Onlinebewerbermanagement stehen.

4.3. Online-Bewerbermanagement

Der Bewerbermanagement-Prozess läuft seit mehr als zwei Jahren digitalisiert. Ca. 3.000 Bewerber haben uns ihre Bewerbung zugesandt. Im kommenden Jahr liegt der Fokus auf die Neuausrichtung des Bewerbungsverfahrens auf der Karrierewebsite. Der vorliegende Bewerbungsprozess wird grundsätzlich in Frage gestellt. Im Detail wird geprüft, ob sich eine stärkere Ausrichtung des Prozesses an mobile Endgeräte lohnt. Hierzu wurden bereits Reports installiert, um dies zu überprüfen.

4.4. Social Media

Dieses Jahr erfolgte die Umsetzung des in 2016 erarbeiteten Konzepts. Im XING-Netzwerk wurde ein Unternehmensprofil angelegt. Das Unternehmensprofil stärkt und professionalisiert die Arbeitgebermarke Stadtwerke Halle GmbH im XING-Netzwerk. Weiterhin wurden Lizenzen für den TalentManager beschafft. Der TalentManager dient dazu, (wechselwillige) Fach- und Führungskräfte im XING-Netzwerk zu finden und direkt anzusprechen.

Darüber hinaus wurde in KUNUNU ebenfalls ein Unternehmensprofil angelegt. KUNUNU dient dazu, Arbeitgeber nach verschiedenen Kriterien zu bewerten. Hier hat die Stadtwerke Halle GmbH einen ausgezeichneten Wert im Vergleich zu vielen anderen Stadtwerken in Deutschland.

Innerhalb der Bewerbungsphase für die Auszubildenden wurde dieses Jahr verstärkt auf Facebook und YouTube gesetzt. Auch deswegen konnte die Zahl an Bewerbungen für die Ausbildungsstellen in der Stadtwerke Halle-Gruppe erhöht werden.

4.5. Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“

Im Februar 2016 startete die Initiative „Perspektive. Ausbildung. Zukunft“ mit dem Ziel, Jugendlichen zwischen 15-26 Jahren eine Ausbildung bei den Stadtwerken zu ermöglichen. Das Angebot richtet sich an junge Menschen, die aufgrund von Vermittlungshemmnissen (abgebrochene Ausbildung, fehlender/schlechter Schulabschluss, junge Eltern, Migranten/Flüchtlinge) den Übergang in den Beruf nicht aus eigenen Kräften bewältigen können. Die Initiative wurde auch in 2017 fortgesetzt. 6 Teilnehmer (6 Männer) der Initiative konnten sich in 2017 über einen anschließenden Ausbildungsvertrag freuen.

In 2017 erweiterten wir unser Engagement und fügten den Baustein „Perspektive. Ausbildung. Zukunft + Schule“ hinzu. Da die Sekundarschulen in den Brennpunktvierteln der Stadt Halle (Saale) bereits sehr gut durch Projekte unterstützt werden, lag unser Augenmerk auf dem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ). Diese Schulform ist in den Berufsschulen verankert und hat das Ziel, allgemein bildende und berufsorientierende Inhalte in mindestens zwei Berufsbereichen zu vermitteln. Als Pilotprojekt fand eine Kooperation mit der Dreyhauptschule Halle (Saale), der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V. sowie dem Bildungszentrum der Handwerkskammer Halle (Saale) statt. Die Arbeit mit den Schülern umfasste eine Potenzialanalyse zum Berufswunsch, in deren Anschluss die Jugendlichen sich an 9 Werkstatttagen in unterschiedlichen Gewerken orientieren konnten. Zeitgleich engagierten sich die Schüler gesellschaftlich und bereiteten ein gesundes Frühstück in der Bahnhofsmission in Halle (Saale) zu. Unterstützung erhielten sie dabei von der Netzwerkstelle „Service Learning“ der Freiwilligenagentur Halle Saalkreis e.V.

Im Schuljahr 2017/2018 kooperieren die Stadtwerke Halle mit den Berufsbildenden Schulen V (BbS V) und der Sekundarschule Sankt Mauritius. Das bewährte Konzept wird fortgeführt.

4.6. Führungskräfteentwicklung

Die Digitalisierung ist ein Thema, dem man sich in der heutigen Zeit nicht verschließen kann. So setzten sich auf der diesjährigen Führungskräfte-Tagung über 100 strategische Führungskräfte der Stadtwerke Halle-Gruppe mit der Frage auseinander, was „Digitalisierung managen“ für die Stadtwerke Halle-Gruppe bedeutet und welche Maßnahmen und Prozesse umgesetzt werden könnten. Die Arbeitsergebnisse der Tagung werden von der Geschäftsführung in 2018 weiter betrachtet und sind Grundlage für zukünftige Unternehmensentwicklungsmaßnahmen.

Neben der strategischen Orientierungsarbeit erhielten die Führungskräfte auch im Kalenderjahr 2017 die Möglichkeit, über die Teilnahme an zentralen Führungskräfteentwicklungsmaßnahmen ihre individuellen Führungskompetenzen zu stärken. Das Angebot umfasste 25, meist zweitägige Schulungsveranstaltungen, die schwerpunktmäßig die Kompetenzen Gesundheitsförderung, Kommunikation und Zielformulierung förderten.

4.7. TalentPool

Im Mittelpunkt der TalentPool-Arbeit stand für die 17 Teilnehmer die Weiterentwicklung und Schärfung ihrer strategischen Projektideen. Begleitet und unterstützt wurde dieser Prozess durch ein Intensivprogramm zur professionellen Kommunikation sowie zur effizienten Projektsteuerung. Regelmäßige Reflektions- und Erfahrungsaustauschtreffen dienten der Qualitätssicherung in der TalentPool-Arbeit. In 2018 werden durch die Teilnehmer die beiden strategischen Projekte „SWH.Kreativfreiräume“ und „SWH.Kundenportal“ bearbeitet.

5. Erklärung zur Unternehmensführung

Am 1. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst durch den Bundestag in Kraft getreten. Mit den gesetzlichen Regelungen zur Geschlechterquote und der Festlegung verbindlicher Zielgrößen soll der Anteil von Frauen in Führungspositionen mittelfristig gesteigert werden.

Mit Einführung des Gesetzes wurden alle Unternehmen der Stadtwerke Halle-Gruppe auf den Ebenen Geschäftsführung/Vorstand und den beiden oberen Führungsebenen analysiert. Daraufhin wurde eine Zielgröße mit einer Umsetzungsfrist jeweils bis zum 30. Juni 2017 und bis zum 30. Juni 2022 entwickelt. Der Aufsichtsrat der Stadtwerke Halle GmbH hat der Zielvereinbarung mit Beschluss vom 18. Dezember 2015 zugestimmt.

Auf der Ebene Geschäftsführung/Vorstand betrug die Quote im Oktober 2015 19 % und soll in zwei Stufen von 22 % (bis zum 30. Juni 2017) und 25 % (bis zum 30. Juni 2022) gesteigert werden. Per 31. Dezember 2017 erhöhte sich die Quote auf 26 %.

Bei den beiden Führungsebenen darunter lag der Anteil in 2015 bei 31 %. Hier besteht das Ziel, diesen Frauenanteil auch über 2017 hinaus in der SWH-Gruppe zu halten. Mit Stand 31. Dezember 2017 lag der Frauenanteil der 1. und 2. Ebene leicht unter dem Wert von 2015 bei 29 %.

Für die Aufsichtsräte wurde keine Zielstellung zur Frauenquote festgelegt.

Dass die Stadtwerke Halle auf einem guten Weg sind, zeigt das Ergebnis einer im Auftrag von Focus Money und Deutschland Test durchgeführten Studie „Top-Karrierechancen für Frauen“. Analysiert wurden 13,2 Millionen Aussagen im Netz zu etwa 5.000 Unternehmen aus 145 Branchen in einem Zeitraum vom 1. Februar 2017 bis zum 31. Januar 2018. Betrachtet wurden Arbeitsklima, Unternehmenskultur und Gleichberechtigung. Die Stadtwerke Halle waren hierbei im Bereich der Ver- und Entsorgung Branchensieger.

6. Lage des Konzerns

6.1. Ertragslage des Konzerns

Wir schlossen das Geschäftsjahr mit einem Jahresüberschuss von 10,8 Mio. EUR. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Jahresüberschuss um -0,9 Mio. EUR (-7,7 %).

Erfolgsrechnung Konzern (Kurzfassung)	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	%
Umsatzerlöse	568,7	630,8	62,1	10,9
Übrige betriebliche Erträge ¹	76,2	73,6	-2,6	-3,4
Materialaufwand ²	339,9	394,5	54,6	16,1
Personalaufwand	136,7	138,1	1,4	1,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	62,0	60,5	-1,5	-2,4
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	4,7	0,8	-3,9	-83,0
EBITDA³	111,0	112,1	1,1	1,0
Abschreibungen	73,1	84,9	11,8	16,1
EBIT³	37,9	27,2	-10,7	-28,2
Zinsergebnis	-16,7	-14,7	2,0	12,0
Ertragssteuern	8,3	0,3	-8,1	-96,4
Sonstige Steuern	1,1	1,4	0,3	27,3
Jahresergebnis	11,7	10,8	-0,9	-7,7

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

3 Definition EBITDA und EBIT vgl.: Punkt 1.3. Steuerung, Seite 7

Tabelle 1: Konzernerfolgsrechnung

Zugleich übertraf der erzielte Jahresüberschuss unsere Planerwartungen (5,2 Mio. EUR) um +5,6 Mio. EUR bzw. +107,7 %. Hierzu trugen die Geschäftsfelder Energie, Wasser und Entsorgung sowie das Geschäftsfeld Mobilität bei.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr stiegen die Außenumsätze um +62,1 Mio. EUR bzw. +10,9 % auf 630,8 Mio. EUR und verteilten sich auf die Geschäftsfelder wie nachfolgend gezeigt:

Umsatzleistungen (konsolidiert)	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Energie	366,6	419,1	52,5	14,3
Stromversorgung	209,6	247,6	38,0	18,1
Erdgasversorgung	76,2	88,5	12,3	16,1
Fernwärmeversorgung	55,8	52,5	-3,3	-5,9
Sonstige	25,0	30,5	5,5	22,0
Wasser & Entsorgung	122,2	126,2	4,0	3,3
Abwasserentsorgung	46,4	47,4	1,0	2,2
Wasserversorgung	29,1	29,0	-0,1	-0,3
Abfallentsorgung	25,0	29,8	4,8	19,2
Reinigungsdienstleistungen	12,2	12,4	0,2	1,6
Sonstige	9,5	7,6	-1,9	-20,0
Mobilität & Logistik	58,9	62,5	3,6	6,1
Öffentlicher Personennahverkehr	44,4	46,4	2,0	4,5
Dispositionsleistungen	0,7	0,6	-0,1	-14,3
Sonstige	13,8	15,5	1,7	12,3
Services	21,0	23,0	2,0	9,5
Freizeit (Bäder)	6,1	6,5	0,4	6,6
DV/IT-Dienstleistungen	10,3	11,1	0,8	7,8
Sonstige	4,6	5,4	0,8	17,4
Gesamt	568,7	630,8	62,1	10,9

Tabelle 2: Außenumsätze des Konzerns

Die übrigen betrieblichen Erträge fielen um -2,6 Mio. EUR (-3,4 %) auf 73,6 Mio. EUR. Die Verringerung ist hauptsächlich auf das Geschäftsfeld Services zurückzuführen.

Im Vorjahresvergleich stiegen die **Materialaufwendungen** um +54,6 Mio. EUR (+16,1 %) auf 394,5 Mio. EUR. Die Zunahme ist weitgehend auf die erstmals ganzjährige Konsolidierung der KWT (bzw. deren Gasbezug und Portfoliobewirtschaftung) zurückzuführen.

Die **Personalaufwendungen** stiegen im Geschäftsjahr um 1,0 % an, bei einem geringfügigen Anstieg der Beschäftigungsverhältnisse.

Die **übrigen betrieblichen Aufwendungen** fielen etwas geringer als im Vorjahr aus -1,5 Mio. EUR bzw. -2,4 %).

Die **Beteiligungs- und Zinserträge aus Ausleihungen** fielen mit 0,8 Mio. EUR um -3,9 Mio. EUR geringer aus als der entsprechende Ausweis des Vorjahres. Der Vorjahreswert wies den Jahresüberschuss der KWT aus, die nunmehr vollkonsolidiert in den Konzernabschluss eingeflossen ist.

Das **EBITDA** des Konzerns konnte zum Vorjahr leicht auf 112,1 Mio. EUR gesteigert werden. Der Zuwachs betrug +1,1 Mio. EUR bzw. 1,0 %.

In Folge des hohen Investitionsniveaus der SWH-Gruppe (Stadtbahn, Hochwasser 2013 etc.) erreichten die **Abschreibungen** eine Höhe von 84,9 Mio. EUR (+11,8 Mio. EUR, +16,1 %). Die SWH-Gruppe aktiviert die mit Investitionszuschüssen geförderten Sachanlagen zu ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten (inkl. Zuschüsse) - entsprechend höher fallen die Abschreibungen aus.

Das Zinsergebnis verbesserte sich tilgungs- und zinsniveaubedingt um +2,0 Mio. EUR auf -14,7 Mio. EUR (+12,0 %).

Die Ertragssteuern des Vorjahres (8,3 Mio. EUR) waren durch einmalige Steuerrückstellungen geprägt, so dass im Geschäftsjahr 2017 eine erheblich geringere Ertragssteuerbelastung (0,3 Mio. EUR) zu berücksichtigen war.

6.1.1. Geschäftsfeld Energie

Das Geschäftsfeld konnte einen EBITDA-Zuwachs von +9,1 Mio. EUR erwirtschaften. Die zusammengefasste Ertragslage stellt sich folgendermaßen dar:

GuV Geschäftsfeld Energie	2016	2017	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	366,6	419,1	52,5	14,3
Übrige betriebliche Erträge ¹	10,6	12,7	2,1	19,8
Materialaufwand ²	270,8	316,6	45,8	16,9
Personalaufwand	39,1	38,1	1,0	-2,6
Übrige betriebliche Aufwendungen	11,7	12,4	0,7	6,0
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,1	0,1	100,0
EBITDA	55,7	64,8	9,1	16,3
Abschreibungen	26,8	29,8	3,0	11,2
EBIT	28,9	35,0	6,1	21,1

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

Tabelle 3: Erfolgsrechnung Energie

Den Umsatzerlösen lagen die nachfolgend dargestellten Außenabsätze zu Grunde:

Absatzleistungen	Einheit	2016	2017	Veränderung	
				Abs.	in %
Stromversorgung	GWh	1.876,0	2.400,7	524,7	28,0
Erdgasversorgung	GWh	2.246,8	4.045,4	1.798,6	80,1
Fernwärmeversorgung	GWh	787,4	673,3	-114,1	-14,5

Tabelle 4: Absatzleistungen Geschäftsfeld Energie

Dabei fielen die Umsatzerlöse im Vorjahresvergleich um 52,5 Mio. € (+14,3 %) höher aus. Dies war vor allem durch höhere Handelsaktivitäten innerhalb der kurzfristigen Portfoliobewirtschaftung im Bereich Gas bedingt. Weiterhin wirkten sich im Segment Strom eine Absatzsteigerung im Endkundengeschäft, ein Preiseffekt infolge höherer Netznutzungsentgelte sowie eine Tarifierpassung umsatzsteigernd aus. Insgesamt resultierte aus diesen Effekten ein um 45,8 Mio. € (+16,9 %) erhöhter Materialaufwand. Der Deckungsbeitrag stieg infolgedessen gegenüber dem Vorjahr um 8,7 Mio. € (8,2 %) und konnte die geringfügig gestiegenen Kosten für Personal und Übrige betriebliche Aufwendungen überkompensieren.

6.1.2. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

GuV Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung	2016	2017	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	122,2	126,2	4,0	3,3
Übrige betriebliche Erträge ¹	15,8	13,9	-1,9	-12,0
Materialaufwand ²	30,8	36,1	5,3	17,2
Personalaufwand	33,9	31,8	-2,1	-6,2
Übrige betriebliche Aufwendungen	22,3	21,3	-1,0	-4,5
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	1,6	0,1	-1,5	-93,8
EBITDA	52,7	51,0	-1,7	-3,2
Abschreibungen	20,8	20,8	0,0	0,0
EBIT	31,9	30,2	-1,7	-5,4

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

Tabelle 5: Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Der Anstieg der Umsatzerlöse um +4,0 Mio. EUR (+3,3 %) ist vor allem auf die positiven Entwicklungen der Geschäftsbereiche Abfallentsorgung/Reinigung, auf die Steigerung der Annahmepreise für die Behandlung und Entsorgung von Abfällen des kommunalen und gewerblichen Bereichs sowie auf die Annahmepreise von Deponieersatzbaustoffen für die in Rekultivierung befindliche Deponie Halle-Lochau zurückzuführen. Den Umsatzerlösen lagen nachfolgende Absätze zugrunde:

Absatzleistungen	Einheit	2016	2017	Veränderung	
				Abs.	in %
Abwasserentsorgung	Mio. m ³	10,3	10,4	0,1	1,0
Wasserversorgung	Mio. m ³	18,0	17,7	-0,3	-1,7
Rest-, Bio- und Sperrmüll	t	71.222,0	72.791,0	1.569,0	2,2
Bauabfälle	t	47.775,0	50.305,0	2.530,0	5,3
LVP-Fraktionen	t	7.302,0	7.580,0	278,0	3,8
PPK-Fraktionen	t	16.978,0	19.354,0	2.376,0	14,0
Gebäudereinigung	Objekte	273,0	280,0	7,0	2,6
Kehrkilometer	km	57.658,0	56.152,0	-1.506,0	-2,6

Tabelle 6: Außenabsatz Wasser- und Entsorgung

Die übrigen betrieblichen Erträge sanken gegenüber dem Vorjahr um -1,9 Mio. EUR (-12,0 %) vor allem aufgrund geringerer aktivierter Eigenleistungen und einer geringeren Inanspruchnahme der Rekultivierungsrückstellungen.

Der Materialaufwand stieg im Vergleich zum Geschäftsjahr 2016 um +5,3 Mio. EUR. Zurückzuführen ist dies u.a. auf erhöhte Aufwendungen für Reparatur- und Wartungsleistungen (Reparaturstrategie Kanal) sowie Preisanstiege für Endverwertungskosten der Outputstoffströme.

Der Personalaufwand reduzierte sich um -2,1 Mio. EUR auf 31,8 Mio. EUR (-6,2 %). Der Rückgang resultierte aus geringeren Rückstellungen für Personalanpassungsmaßnahmen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sanken um -1,0 Mio. EUR (-4,5 %) auf 21,3 Mio. EUR.

Das Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen sank im Vergleich zum Vorjahr um -1,5 Mio. EUR (-93,8 %) auf 0,1 Mio. EUR. Hintergrund waren im Vorjahresvergleich geringere Zinserträge der AWH aus den Schuldscheindarlehen.

Das EBITDA des Geschäftsfeldes verringerte sich zum Vorjahr leicht um 1,7 Mio. EUR (- 3,2 %)

6.1.3. Geschäftsfeld Mobilität

Im Geschäftsfeld Mobilität war eine Steigerung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr von +3,6 Mio. EUR (+6,1 %) zu verzeichnen.

GuV Geschäftsfeld Mobilität	2016	2017	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	58,9	62,5	3,6	6,1
Übrige betriebliche Erträge ¹	33,9	33,1	-0,8	-2,4
Materialaufwand ²	24,3	28,9	4,6	18,9
Personalaufwand	35,6	37,2	1,6	4,5
Übrige betriebliche Aufwendungen	20,9	17,9	-3,0	-14,4
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,4	0,0	-0,4	-100,0
EBITDA	12,3	11,6	-0,7	-5,7
Abschreibungen	22,1	22,1	0,0	0,0
EBIT	-9,8	-10,5	-0,7	-7,1

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

Tabelle 7: Erfolgsrechnung Mobilität

Diese positive Entwicklung war insbesondere auf deutliche Fahrgastzuwächse und Fahrpreisanpassungen im Bereich ÖPNV zurückzuführen. Daneben erzielten auch die dispositiven Leistungen sowie die Bahnleistungen des Hafens bzw. der CTHS GmbH eine positive Umsatzentwicklung. Die Umsätze basieren dabei auf den nachfolgend dargestellten Entwicklungen der Absatzkennzahlen:

Absatzleistungen	Einheit	2016	2017	Veränderung	
				Abs.	in %
Beförderte Personen	tausend	53.803	54.899	1.096	2,0
Personen-km	Mio.	307	323	16	5,2
Containerumschläge	TEU ¹	65.382	69.668	4.286	6,6

¹ TEU = Twenty-foot Equivalent Unit (Standardcontainer)

Tabelle 8: Außenabsatz Geschäftsfeld Mobilität

Der Rückgang der Übrigen betrieblichen Erträge um -0,8 Mio. EUR (-2,4 %) ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2016 einmalige Erträge aus der Auflösung des Cross-Border-Lease realisiert und im Jahr 2017 verminderte Erträge im Zuge des Stadtbahnprogrammes (für Anlagen Dritter) verbucht wurden. Kompensierend wirkten erhöhte Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und dem Abgang von Anlagevermögen sowie erhöhte Zuschüsse der Stadt Halle (Saale) zum Stadtbahnprogramm.

Der Materialaufwand war gegenüber 2016 um +4,6 Mio. EUR (+18,9 %) gestiegen, was insbesondere auf eine Rückstellung für die Instandhaltung der Straßenbahnen vom TYP MGT6D bei der HAVAG zurückzuführen war. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für bezogene Leistungen im Zusammenhang mit der Beauftragung eigener Zugverkehre in der Hafen Halle GmbH bzw. der CTHS GmbH gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Die Personalaufwendungen stiegen um +1,6 Mio. EUR (+4,5 %) gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung war im Wesentlichen auf einmalige Personalanpassungsmaßnahmen im ÖPNV-Bereich sowie erhöhte Personalaufwendungen infolge erhöhten Personaleinsatzes in der Hafen Halle GmbH bzw. der CTHS GmbH zurückzuführen.

Ursachen für den Rückgang der Übrigen betrieblichen Aufwendungen um -3,0 Mio. EUR (-14,4 %) gegenüber 2016 waren im Wesentlichen die im Vorjahr verbuchten einmaligen Aufwendungen für die Sicherung von Betriebsstätten der HAVAG, für erhöhte Rechts- und Beratungsleistungen im Zusammenhang mit der Auflösung des Cross-Border-Lease der HAVAG und für das BImSchG-Genehmigungsverfahren der Hafen Halle GmbH. Darüber hinaus waren im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr verminderte Aufwendungen im Zuge des Stadtbahnprogrammes für Anlagen Dritter angefallen. Dem gegenüber standen erhöhte Aufwendungen für die Miete von Technischen Maschinen (Lok, LKW, Chassies) in der CTHS GmbH.

Die Höhe der Abschreibung hat sich im Geschäftsfeld Mobilität gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Durch die vorgenannten Entwicklungen fiel das Ergebnis des Geschäftsfeldes Mobilität mit einem EBIT von -10,5 Mio. EUR um -0,7 Mio. EUR geringer aus, als der entsprechende Vorjahreswert.

6.1.4. Geschäftsfeld Services

Unsere Geschäftsfeld Services hat mit insgesamt 23,0 Mio. EUR Umsatzerlösen den guten Vorjahreswert (21,0 Mio. EUR) weiter steigern können. Hierbei konnte der durch die Abspaltung des Teilbetriebes Stadtbeleuchtung bedingte Wegfall von Umsatzerlösen bei der SHS (-2,8 Mio. EUR) überkompensiert werden. Zu höheren Umsatzerlösen hat die BHG aufgrund der erstmaligen Zuordnung des Leistungsentgeltes für den Betrieb der öffentlichen Bäder zu den Umsatzerlösen (+3,6 Mio. EUR) beigetragen.

GuV Geschäftsfeld Services	2016	2017	Veränderung	
	Mio.€	Mio.€	Mio.€	in %
Umsatzerlöse	21,0	23,0	2,0	9,5
Übrige betriebliche Erträge ¹	5,7	2,5	-3,2	-56,1
Materialaufwand ²	14,0	12,9	-1,1	-7,9
Personalaufwand	20,6	22,1	1,5	7,3
Übrige betriebliche Aufwendungen	2,1	3,0	0,9	42,9
Beteiligungsergebnis und Zinserträge aus Ausleihungen	0,0	0,0	0,0	0,0
EBITDA	-10,0	-12,5	-2,5	25,0
Abschreibungen	2,2	2,5	0,3	13,6
EBIT	-12,2	-15,0	-2,8	23,0

1 inkl. aktivierte Eigenleistungen

2 inkl. Bestandsveränderungen

Tabelle 9: Erfolgsrechnung Geschäftsfeld Services

Die übrigen betrieblichen Erträge sanken im Vergleich zum Vorjahr um - 3,2 Mio. EUR auf 2,5 Mio. EUR. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen die entsprechend des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes

(BILRUG) erfolgte Umgliederung des Leistungsentgeltes für den Betrieb der öffentlichen Bäder von den Erträgen zu den Umsatzerlösen.

Beim Materialaufwand des Geschäftsfeldes ist bedingt durch den geringeren Aufwand bei SHS (-0,8 Mio. EUR) und der BHG (-0,5 Mio. EUR) eine leichte Reduzierung auf 12,9 Mio. EUR (Vorjahr 14,0 Mio. EUR) eingetreten. Etwas höhere Aufwendungen wiesen ITC und MM auf.

Der Anstieg des Personalaufwandes um +1,5 Mio. EUR auf 22,1 Mio. EUR war im Wesentlichen Folge gesteigener Personalstärken, sowie Tarifsteigerungen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich in Summe um +0,9 Mio. EUR auf 3,0 Mio. EUR, wozu hauptsächlich die (geförderten) Aufwendungen für die Sicherungssanierung der äußeren Fassade des Stadtbades beitragen.

Unter Berücksichtigung der dargestellten Entwicklungen sowie moderat gesteigener Abschreibungen im Geschäftsfeld (+0,3 Mio. EUR) resultiert ein EBIT von -15,0 Mio. EUR. Das entspricht einer Verringerung um -2,8 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

6.2. Finanzlage

6.2.1. Finanzmanagement

Für die Aufnahme bzw. Prolongation von Finanzverbindlichkeiten gelten konzernweitliche Rahmenbedingungen, die in einer Finanzierungsrichtlinie niedergelegt sind. Inhalt der Finanzierungsrichtlinie ist die konzernweite Vereinheitlichung von Sicherungsinstrumenten und weiteren Vertragsbedingungen, welche im Rahmen von Kreditgeschäften eingegangen werden dürfen. Diese Rahmenbedingungen werden im Zuge der zentralen Finanzmittelversorgung der verbundenen Unternehmen durch die Holding angepasst.

Zur Deckung des Finanzbedarfes kommen bei der Außenfinanzierung Bankdarlehen, Schuldscheindarlehen oder Namensschuldverschreibungen sowie kurzfristige Kreditlinien zum Einsatz. Zulässige Instrumente der Geldanlage sind grundsätzlich Termingelder, Schuldscheindarlehen und Unternehmensanleihen sowie Kapital und Geldmarktfonds.

In der SWH-Gruppe kommt ein aktives Zinsmanagement zur Anwendung, in dem Zinssicherungsinstrumente ausschließlich zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken eingesetzt werden dürfen. Instrumente der Zinssicherung sind Swaps, Caps und Floors oder diesbezügliche Optionsgeschäfte. Der spekulative Handel mit Finanzderivaten ist grundsätzlich ausgeschlossen.

Nach den Richtlinien für Geldanlagen der Stadtwerke wurden Geldanlagen (auch innerhalb des Cash-Pools) nur bei einlagengesicherten Banken getätigt.

6.2.2. Kapitalstruktur

Das bilanzielle Eigenkapital konnte im Geschäftsjahr 2017 um +10,8 Mio. EUR (+3,6 %) erstmals auf über 300 Mio. EUR aufgestockt werden (308,3 Mio. EUR). Hieraus resultierte eine Zunahme der Eigenkapitalquote um +0,7 Prozentpunkte auf 23,2 %. Mit Hinzurechnung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und für Abnehmerbeiträge stieg das wirtschaftliche Eigenkapital auf 661,9 Mio. EUR. Die entsprechende Eigenkapitalquote stieg um 1,7 Prozentpunkte auf 49,9 % (+3,5 %).

Entwicklung des Eigenkapitals	2016	2017	Veränderung	
	%	%	%	in %
Eigenkapitalquote	22,6	23,2	0,6	2,7
Eigenkapitalquote (inkl. Sonderposten)	48,2	49,9	1,7	3,5

Tabelle 10: Eigenkapitalquote

Die Konzern-Finanzverbindlichkeiten (inkl. Zinsabgrenzungen) nahmen im Geschäftsjahr 2017 um -1,4 Mio. EUR auf 437,0 Mio. EUR leicht ab (-0,3 %) und setzten sich wie folgt zusammen:

Finanzverbindlichkeiten	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Bankdarlehen (ohne SSD)	353,6	351,8	-1,8	-0,5
Schuldscheindarlehen (SSD)	59,2	59,2	0,0	0,0
Namensschuldverschreibungen	25,5	25,5	0,0	0,0
Summe	438,3	436,5	-1,8	-0,4

Tabelle 11: Finanzverbindlichkeiten

Im Geschäftsjahr wurden Darlehen in Höhe von 32,6 Mio. EUR aufgenommen und Darlehen in Höhe von 34,4 Mio. EUR getilgt. Die geringfügige Veränderung der endfälligen Titel ist Folge der Zinsabgrenzungen. Die Finanzverbindlichkeiten weisen eine durchschnittliche Restlaufzeit von 13,7 Jahren (Vorjahr 9,7) aus.

Nettoverschuldungsgrad	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Finanzverbindlichkeiten	438,3	436,5	-1,8	-0,4
Liquide Mittel	121,9	55,1	-66,8	-54,8
Nettoschulden	316,4	381,4	65,0	20,5
EBITDA	111,0	112,1	1,1	1,0
Nettoschulden/EBITDA	2,9	3,4		17,2

Tabelle 12: Nettoverschuldungsgrad

Der Rückgang der liquiden Mittel (-66,8 Mio. EUR, -54,8 %) ist hauptsächlich Folge der Liquidation der Wertpapierfonds der AWH. Mit der daraus entstandenen Liquidität wurden zu Beginn des Jahres überwiegend Schuldscheindarlehen erworben. Diese können zwar jederzeit verwertet werden, sind jedoch nicht als Wertpapiere in Ansatz zu bringen, so dass die rechnerische Nettoverschuldung um +65,0 Mio. EUR (+20,5 %) und der Nettoverschuldungsgrad um +0,5 (+17,2 %) angestiegen sind.

6.2.3. Investitionen

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 120,2 Mio. EUR realisiert. Die Konzerninvestitionen stiegen somit um +23,9 Mio. EUR (+24,8 %). verringerten sich im Vorjahresvergleich um - 83,7 Mio. EUR (-46,5 %) auf 93,6 Mio. EUR.

Investitionen	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Energie	32,3	48,3	16,0	49,5
Wasser und Entsorgung	30,4	34,0	3,6	11,8
Mobilität	27,5	34,4	6,9	25,1
Services	3,0	2,5	-0,5	-16,7
Zentrale/sonstige	3,1	1,0	-2,1	-67,7
Summe	96,3	120,2	23,9	24,8

Tabelle 13: Investitionen

Im Geschäftsfeld Energie bildeten Investitionen in das Fernwärmenetz, der Ersatz von Stationen sowie die Erneuerung von Mittelspannungs- und Niederspannungskabeln die Haupttätigkeiten. Ebenfalls wurden Investitionen im Strom-, Gas-, Fernwärme- und Fernwirknetz im Rahmen des Stadtbahnprogramms durchgeführt.

Darüber hinaus führten wir die Investitionen in eigene Photovoltaikanlagen fort. Hierbei wurde eine Aufdach-Anlage am Betriebshof Rosengarten der Halleschen Verkehrs AG realisiert sowie ein Projekt in Form einer Freiflächenanlage im brandenburgischen Wiesenburg errichtet, dessen EEG-konforme Inbetriebnahme am 15. Dezember 2017 erfolgte.

Ein wesentlicher Anteil der Investitionen betrifft Planungs- und Vorbereitungsleistungen für das Projekt „KWK 35“ (Modernisierung des Kraftwerksstandortes Dieselstraße) sowie die Errichtung des hinzugehörigen Energie- und Zukunftsspeichers.

Die Investitionen des Geschäftsfeldes Wasser und Entsorgung umfassen maßgeblich Investitionen im Bereich der Trinkwasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Schwerpunkte dabei waren Erweiterungsinvestitionen in der Kläranlage-Nord (Errichtung eines weiteren Belebungsbeckens), Erneuerung störanfälliger Trinkwasserleitungen sowie Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogramms (Eigenanteil).

Die Investitionen des Geschäftsfeldes Mobilität beinhalteten im ÖPNV-Bereich im Wesentlichen die Einzelmaßnahmen des Stadtbahnprogramms, Erneuerungen der Infrastruktur (z.B. Fahrleitungs-, Bahnstrom- und Kommunikationsanlagen) sowie den Neubau oder Ersatz von optischen Fahrgastinformationsanlagen. Im Bereich der mobilen Technik hat die HAVAG vor allem in den Kauf von sechs neuen Stadtliniensbussen als Ersatzbeschaffung investiert und die Nachrüstung der Straßenbahnen mit mobilen Rampen zur Spaltüberbrückung fortgesetzt.

Von den Investitionen im Geschäftsfeld Services in Höhe von 2,5 Mio. EUR entfielen auf die Bäder Halle GmbH 1,1 Mio. EUR, auf die ITC 0,9 Mio. EUR und auf die Maya mare 0,3 Mio. EUR.

6.2.4. Liquidität

Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit hauptsächlich durch höhere Inanspruchnahmen der in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen, höheren Forderungsbeständen bzw. sonstigen Vermögensgegenständen sowie Ertragssteuerzahlungen um 39,6 Mio. EUR auf 64,0 Mio. EUR.

Der Cash Outflow aus Investitionstätigkeiten erhöhte sich um 26,0 Mio. EUR auf -114,6 Mio. EUR, im Wesentlichen durch erhöhte Investitionen in das Sachanlagevermögen.

Liquiditätsentwicklung	2016	2017	Abw. Mio. €
	Mio. €	Mio. €	
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	103,6	64,0	-39,6
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	-88,6	-114,6	-26,0
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	26,7	30,4	3,7
Zahlungswirksame Veränderungen	41,7	20,2	
Finanzmittelfonds zum 01.01. d.J.	30,4	72,1	
Finanzmittelfonds zum 31.12. d.J.	72,1	51,9	

Tabelle 14: Liquiditätsentwicklung

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit betrug 30,4 Mio. EUR. Die im Vorjahresvergleich geringere Nettokreditaufnahme wurde insbesondere durch die vereinnahmten Zuschüsse für das Stadtbahnprogramm überkompensiert.

6.3. Vermögenslage

Die Konzernbilanz wies zum Stichtag eine um 7,3 Mio. EUR höhere Bilanzsumme auf, als im Vergleich zum Vorjahr (+0,6 %).

Auf der Aktivseite wurde das Anlagevermögen um 21,9 Mio. EUR erhöht (+2,0 %). Neben Investitionen in einem Umfang von 120,2 Mio. EUR und Abschreibungen in Höhe von 84,9 Mio. EUR verzeichnete der Konzern Anlagenabgänge in Höhe von 13,5 Mio. EUR (fortgeführte Anschaffungs- und Herstellungskosten). Zu einem Großteil sind diese Abgänge jedoch nicht Folge von Veräußerungen, sondern weitgehend durch das Stadtbahnprogramm herbeigeführt (9,2 Mio. EUR). Es handelt sich hierbei um Investitionen in Anlagen von Dritten (Versorgungsleitungen, Kanäle, Straßen, Fußwege etc.), die wegen der Bautätigkeit des Stadtbahnprogramms wieder hergestellt bzw. ersetzt werden müssen und nicht durch die Eigentümer zu finanzieren sind.

Konzernbilanz (Kurzfassung)	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Anlagevermögen	1.113,8	1.135,7	21,9	2,0
Immaterielle Vermögenswerte	3,5	3,4	-0,1	-2,9
Sachanlagen	1.080,4	1.103,3	22,9	2,1
Finanzanlagen	29,9	29,0	-0,9	-3,0
Umlaufvermögen	205,6	190,9	-14,7	-7,1
Vorräte	8,4	9,1	0,7	8,3
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	71,9	122,4	50,5	70,2
Wertpapiere und liquide Mittel	121,9	55,1	-66,8	-54,8
Rechnungsabgrenzungsposten ¹	3,4	4,3	0,9	26,5
Bilanzsumme Aktiva	1.319,3	1.326,6	7,3	0,6
Eigenkapital	297,5	308,3	10,8	3,6
Sonderposten für Investitionszuschüsse	338,8	353,6	14,8	4,4
Rückstellungen	159,3	145,4	-13,9	-8,7
Verbindlichkeiten	508,3	504,4	-3,9	-0,8
Rechnungsabgrenzungsposten	14,0	14,0	0,0	0,0
Passive latente Steuern	1,4	0,9	-0,5	-35,7
Bilanzsumme Passiva	1.319,3	1.326,6	7,2	0,5

¹ inkl. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Tabelle 15: Konzernbilanz

Die Verringerung des Umlaufvermögens (-14,7 Mio. EUR) ist maßgeblich auf die Verwendung liquider Mittel zur Finanzierung des Eigenanteils an den Investitionen zurückzuführen. Die Zunahme der Forderungen und Vermögensgegenstände als auch die Abnahme der Wertpapiere ist durch die Umschichtung der Mittel aus den Wertpapierfonds in Schuldscheindarlehen begründet.

Die Anlagenintensität I stieg von 84,4 % im Jahr 2016 auf 85,6 % im Jahr 2017. Der Anstieg resultiert aus der Investitionstätigkeit und aus der investiven Verwendung liquider Mittel (Aktivtausch).

Anlagenintensitäten	2016		2017	
	Mio. EUR	Anteil in %	Mio. EUR	Anteil in %
Bilanzsumme	1.319,3	100,0	1.326,6	100,0
Anlagevermögen	1.113,8	84,4	1.135,7	85,6
Umlaufvermögen	205,6	15,6	190,9	14,4

Tabelle 16: Anlagenintensitäten

Auf der Passivseite stieg das wirtschaftliche Eigenkapital um 4,0 % auf 661,9 Mio. EUR an. Wir rechnen den Sonderposten für Investitionszuschüsse in voller Höhe zum wirtschaftlichen Eigenkapital, da diese keinerlei Auswirkungen auf die Besteuerung haben. Der Anlagendeckungsgrad konnte durch Gewinnthesaurierung und die Vereinnahmung der Investitionszuschüsse von 57,1 % auf 58,3 % ausgebaut werden.

Anlagendeckungsgrad	2016	2017	Veränderung	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	in %
Anlagevermögen	1.113,8	1.135,7	21,9	2,0
wirtschaftliches Eigenkapital	636,3	661,9	25,6	4,0
Deckungsgrad	57,1%	58,3%		2,1

Tabelle 17: Anlagendeckungsgrad

Der Abnahme der Rückstellungen in Höhe von -13,9 Mio. EUR ist überwiegend verbrauchsbedingt.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten um -3,9 Mio. EUR (-0,8 %) war durch Regeltilgungen (- 1,8 Mio. EUR) und die Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten (-1,5 Mio. EUR) hervorgerufen.

6.4. Gesamtaussage zur Lage

Die guten volks- und regionalwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der anhaltende Anstieg der Einwohnerzahl in Halle (Saale) bildeten eine stabile Grundlage für unsere Geschäftsfelder. Die Umsätze und Absätze (bis auf Fernwärme und Kehrkilometer) konnten in allen Geschäftsfeldern gesteigert werden und unterstreichen die gute Marktpositionierung der Stadtwerkeunternehmen.

Das EBITDA konnte auf hohem Niveau noch leicht gesteigert werden (+1,1 %). Der erreichte Jahresüberschuss von 10,8 Mio. EUR übertraf unseren Planerwartung (5,2 Mio. EUR) deutlich. Zugleich konnte in den Bilanzen der Stadtwerkeunternehmen weitere Risikovorsorge getroffen werden.

Das wirtschaftliche Eigenkapital des Konzerns konnte nochmals weiter aufgestockt und der Anlagendeckungsgrad – bei hohen Investitionen – leicht gesteigert werden.

Mit dem Abschluss des Konsortialdarlehen konnte die mittelfristige Finanzmittelversorgung der Gruppen-Unternehmen frühzeitig gesichert werden. In dem uns entgegengebrachten Vertrauen sehen wir eine Bestätigung unserer Geschäftspolitik.

Insgesamt sehen wir uns in dem eingeschlagen Kurs weiterhin bestätigt und für die Zukunft gut aufgestellt.

7. Chancen-und Risikobericht

7.1. Risikomanagementsystem

7.1.1. Übersicht zum Risikomanagementsystem

In der SWH-Gruppe findet ein konzerneinheitliches Risikofrüherkennungssystem Anwendung. Das Risikomanagement wird als ein gruppenweites, bereichsübergreifendes System verstanden, das Aktivitäten im Umgang mit Risiken in sich vereint und auch Risiken aus dem Konzernverbund in die Betrachtung einschließt.

7.1.2. Zielstellung des Risikomanagement- und frühwarnsystems

Das Risikomanagement zielt darauf ab, bestehende und potentielle Risiken und Chancen frühzeitig zu identifizieren, zu kontrollieren und zu steuern. Das Risikomanagement stellt damit und ebenso durch seine Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung eine wichtige Unterstützung der Steuerungs- und Führungsprozesse im Konzern dar.

7.1.3. Risikomanagementprozess und -organisation

Das Risikomanagement ist ein ineinandergreifender Kreislauf aus den Prozessen der Beteiligungsunternehmen und der Holding. Aufbauend auf einer Risikoinventur im Zuge der jährlichen Planung werden alle relevanten Risikopotenziale des Wirtschaftsplanjahres und der dazugehörigen vier Vorschaujahre strukturiert nach Risikokategorien bei den Beteiligungsgesellschaften erfasst und nach prozentualer Eintrittswahrscheinlichkeit und finanzieller Schadenshöhe als voraussichtliche Abweichung vom geplanten Ergebnis vor Steuern / vor Ergebnisabführung bewertet. Gruppe-1-Risiken weisen dabei die höchsten Eintrittswahrscheinlichkeiten-Schadenshöhen-Kombinationen auf, Gruppe-2-Risiken geringere Kombinationen. Mit der neu eingeführten quartalsweisen Risikoaktualisierung, der Akutberichterstattung und den Monatsberichten werden unterjährige signifikante Veränderungen der Risiken erfasst und gesteuert.

Um den Ordnungsrahmen für das Risikomanagementsystem sicherzustellen, sind Verfahrensweisen und Verantwortlichkeiten in einer Konzernrichtlinie zum Risikomanagement- und frühwarnsystem eindeutig geregelt. Der Risikomanagementprozess wird seit 2017 durch eine Risikomanagementsoftware unterstützt. Die Verantwortung für ein angemessenes Risikomanagement tragen die Geschäftsleitungen der Gesellschaften im Konzernverbund.

7.2. Chancen und Risiken

7.2.1. Geschäftsfeld Energie

Die Beschaffungsmärkte sind großen Preisschwankungen ausgesetzt. Auf Grund dessen ist die Absicherung von Marktpreisrisiken von großer Bedeutung. Im Geschäftsfeld werden Preisfixierungen für Ein- und -verkäufe getätigt, um die Risiken schwankender Marktpreise und deren Auswirkung auf die Deckungsbeitragsentwicklung der Strom- und Wärmeproduktion zu minimieren.

Dem Risiko mangelnder Bonität von Geschäftspartnern im Strom- und Gashandel wird mit direkten und indirekten Maßnahmen entgegnet. Hierzu werden jährlich neue Limits festgelegt, innerhalb derer Geschäfte mit Geschäftspartnern getätigt werden können. Die Definition der Maximalwerte erfolgt mit Hilfe von Bonitätsbewertungen für die einzelnen Vertragspartner.

Die geltenden Limits für Energiebeschaffung und Vermarktung wurden im Berichtszeitraum beachtet. Limitüberschreitungen wurden durch entsprechende Gegenmaßnahmen aufgehoben. Aus der Bewirtschaftung der Energieportfolien ergeben sich systemimmanente Verlustrisiken als auch Gewinnchancen.

Im Netzbereich besteht das Risiko aus der Verminderung der Erlösobergrenze ab der dritten Regulierungsperiode für die Strom- und Gasnetze, infolge der weiteren Anwendung des generellen sektoralen

Produktivitätsfaktors, der Entwicklung des Verbraucherpreisindex sowie potentiell höheren Reduzierungsvorgaben für den Abbau von Ineffizienzen.

Durch die aktuellen markt- und sicherheitspolitischen Entwicklungen werden die Risiken bezüglich des Ausfalls von DV-Systemen, potentiell Datenverlust bzw. -diebstahl und deren mögliche Folgen für den gewöhnlichen Betriebsablauf ständig überwacht und bewertet. Entsprechende Sicherheitsmaßnahmen sind etabliert und werden regelmäßig an veränderte Gegebenheiten und technische Standards angepasst. Es bestehen Vereinbarungen mit dem Betreiber der IT-Systeme zur Sicherstellung der Verfügbarkeit.

Durch die erneute Modernisierung der Erzeugungsanlagen an den Kraftwerksstandorten Dieselstraße und Halle-Trotha eröffnet das neue KWKG weitere Chancen, die im Rahmen des Projektes „KWK 35“ realisiert werden sollen. Noch nicht abschließend bewertbare gesetzliche Rahmenbedingungen oder Gesetzesänderungen können das Projekt in Teilbereichen bedingt beeinflussen.

Zur Vermeidung negativer Auswirkungen eines möglichen Bauzeitverzuges innerhalb des Projektes „KWK 35“ auf die Förderung nach KWKG für die Anlagen am Standort Dieselstraße werden der Projektfortschritt fortlaufend überwacht und Maßnahmen zur Einhaltung des Zeitplans abgeleitet.

7.2.2. Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung

Aufgrund des Wegfalls von Befreiungsvoraussetzungen besteht das Risiko einer eventuell zu entrichtenden Niederschlagswasserabgabe.

Sollten die zur Abdeckung der Deponie im Zeitraum 2018 bis 2022 erforderlichen Materialien durch die vom Landesverwaltungsamt festgelegten Annahmeparameter nicht wie geplant erlöswirksam über den Markt akquiriert werden können, besteht ein fortlaufendes Aufwands-Risiko aus der dann erforderlichen Beschaffung der Materialien.

7.2.3. Geschäftsfeld Mobilität

Die sich ständig wechselnden Markt- und Rahmenbedingungen und der steigende Kostendruck stellen den ÖPNV in der Stadt Halle (Saale) vor große Herausforderungen und bergen das Risiko einer verminderten Wettbewerbsfähigkeit gegenüber potentiellen Mitbewerbern und dem Individualverkehr.

Besondere Chancen erwarten wir aus der strategischen Neuausrichtung der HAVAG. Durch die konsequente Umsetzung und Überwachung der strategischen Einzelmaßnahmen können die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nachhaltig gesichert, die Umsätze gesteigert und der Zuschussbedarf auf einem konstanten Niveau stabilisiert werden.

Im Kombinierten Verkehr stellt die aktuelle geopolitisch instabile Situation, die sehr kurzfristig zu Veränderungen sowohl der Relationen als auch der Mengenströme der derzeitigen Verkehrsabwicklung führen kann, für uns das größte kurzfristige Risiko für das Jahr 2018 dar.

Als mittel- und langfristige Risiken schätzen wir eine signifikante Ausweitung von Terminal-Kapazitäten des Kombinierten Verkehrs in der mitteldeutschen Region sowie ein endgültiges Scheitern der Vollenendung des Saaleausbaus ein. Daneben wird ein nachhaltig geringer Dieselpreis zu weiterem Preisdruck auf die Zugbetreiber und damit auch auf die Hinterland-Terminals führen.

Chancen sehen wir insbesondere im Hinblick auf den Ausbau der Geschäftstätigkeiten im Kombinierten Verkehr sowie in der Akquisition global agierender Logistik-Dienstleister, die das Terminal für die Abwicklung weltweiter Verkehre nutzen. Für die Bahnleistungen können sich durch bahnseitige Verkehre für das Biodieselwerk im Hafen und den Gewerbepark an der A14 weiterhin deutliche Umsatz- und Ergebnisverbesserungen einstellen.

7.2.4. Geschäftsfeld Services

Im IT-Bereich des Geschäftsfeldes bleibt die Ertragsaussicht weiterhin in starkem Maße von der Wettbewerbs- und Finanzsituation der Hauptkunden (Unternehmen und Kommunen) abhängig. Eine beson-

dere Herausforderung und zugleich große Chance sehen wir in der Umsetzung der Digitalisierung von Geschäftsprozessen in allen Geschäftsfeldern der Stadtwerke-Halle-Gruppe.

Darüber hinaus werden in der Spezialisierung auf die Übernahme kompletter IT-Dienstleistungen, Rechenzentrumsleistungen sowie in der Vermarktung eigener Produkte und spezieller, branchentypischer IT-Dienstleistungen gute Chancen zur Fortentwicklung des Geschäftsfeldes gesehen.

Für die freizeitaffinen Gesellschaften des Geschäftsfeldes bestehen Ertragsrisiken im Fall eines sinkenden Kaufkraftpotentials, sich verändernden Freizeitverhalten, konkurrierenden Angeboten und besonders auch aus ungünstigen Witterungsbedingungen. Kostenrisiken können sich aus der Instandhaltung der Immobilien ergeben.

7.3. Gesamtbild

Unter den insgesamt 133 identifizierten Risiken der Stadtwerke Gruppe (Vorjahr: 159) lagen insgesamt 4 Einzelrisiken (Vorjahr: 8) über dem Schwellenwert und wurden demzufolge als Risiken in das Konzernrisikomanagement aufgenommen. Hierbei finden Risiken mit einer sehr geringen Eintrittswahrscheinlichkeit < 5 % keine Berücksichtigung.

Konzernrisiken (Mio.€)	Anzahl	Schadenserwartungswert		
		brutto	netto	Ø Bsew ¹
Gruppe-1-Risiken	1	7,0	0,0	7,00
Gruppe-2-Risiken	3	3,4	2,1	1,13
Gruppe-3-Risiken	129	8,2	7,2	0,06
Gesamt	133	18,6	9,3	0,14
davon Konzernrelevant (Gruppe 1+2)	4	10,4	2,1	2,60

¹ durchschnittlicher Bruttoschadenserwartungswert

Tabelle 18: Gesamt- und konzernrelevante Risiken

Das Gruppe-1-Risiko beinhaltet drohende Steuernachzahlungen in Folge der steuerlichen Betriebsprüfung im Organkreis der Stadtwerke. Für das Risiko wurde ausreichende bilanzielle Vorsorge getroffen, so dass der Nettoschadenserwartungswert 0 Mio. EUR beträgt.

Die Gruppe-2-Risiken entfallen auf die Risikokategorien Steuern/Abgaben, Finanzrisiken und Marktrisiken mit einem durchschnittlichen Bruttoschadenserwartungswert von 1,1 Mio. EUR. Sofern die Risiken eintreten würden, entstünde ein Nettoschaden von 2,1 Mio. EUR.

Die nicht konzernrelevanten Risiken sind kleinteiliger Natur (durchschnittliche Bruttoschadenshöhe ca. 60 TEUR) und verteilen sich auf sämtliche Risikokategorien.

Der für das Jahr 2018 maßgebliche Schadenserwartungswert der dargestellten konzernrelevanten Risiken (Bruttoschadenshöhe x Eintrittswahrscheinlichkeit) in Summe beträgt 10,4 Mio. EUR (Vorjahr 15,2 Mio. EUR).

Allen Risiken wurden Maßnahmen zur wiederkehrenden Überwachung und Steuerung zugeordnet. Dieses ermöglicht uns eine frühzeitige Reaktion bei Änderungen der Eintrittswahrscheinlichkeiten oder der Schadenshöhen.

8. Prognosebericht

Für das Wirtschaftsjahr 2018 wurde ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 2,0 % unterstellt und für unser Bundesland und die Region eine vergleichbare Entwicklung angenommen.

Unsere Planungen unterstellen auch für die Folgejahre weiterhin zunehmende Wettbewerbsintensitäten und volatile Marktentwicklungen in allen Geschäftsfeldern. Hierbei wird die Ausrichtung der Gruppe auf

dem eingeschlagenen Kurs weiter fortgeführt. Insofern sind Änderungen in unserer Geschäftspolitik vor dem Hintergrund der bisher erreichten Ergebnisse nicht vorgesehen.

Für die Absatzentwicklung im Stadtgebiet Halle (Saale) sind die Anzahl der versorgten Einwohner und die durchschnittliche Haushaltsgröße von Bedeutung. Unsere Planungen unterstellen eine leicht steigende Einwohneranzahl (244 Tsd.) bei einer konstanten durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,7 Personen.

Für das Jahr 2018 planen wir mit folgenden Außenumsätzen:

Planumsätze (Mio. €)	2018
Erlöse Strom	191,5
Erlöse Gas	65,0
Erlöse Fernwärme	48,9
Erlöse Wasser	29,3
Erlöse Abwasser	48,1
Erlöse Entsorgung	37,9
Erlöse Mobilität & Logistik	63,3
Erlöse Services/Sonstige	111,7
Gesamt	595,7

Tabelle 19: Planumsätze 2018

Wir planen das Jahr 2018 mit Investitionen in Höhe von rd. 151,3 Mio. EUR. Die Investitionstätigkeit verteilt sich wie nachfolgend dargestellt:

Investitionen (unkonsolidiert)	2018 Mio. €
Energie	50,2
Wasser und Entsorgung	32,4
Mobilität und Logistik	49,7
Services	9,9
Holding	9,0
Summe	151,3
dar. Investitionszuschüsse	-51,0
Summe (ohne Zuschüsse)	100,3
dar. Ersatzinvestitionen	93,4

Tabelle 20: Planinvestitionen

Das **Geschäftsfeld Energie** baut mittelfristig regenerative Erzeugungskapazitäten weiter auf, um ihrer klimapolitischen Verantwortung nachzukommen. Dazu werden verschiedene Projekte wie der eigenständige Bau von Photovoltaikanlagen sowie die Übernahme von Solarparks geprüft.

Ziel ist es, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Geschäftsfeldes „Kundennahe Energiedienstleistungen“, alternative Technik (BHKW, Nahwärmanlagen, Kältepumpen) auch in komplexer Kombination mit konventioneller Technik anzubieten. Die damit verbundene Beratung zur effizienten Energieversorgung und deren technische Umsetzung soll langfristige Akzeptanz, Kundenzufriedenheit und -bindung schaffen. Diesbezügliche Akquisitionen sollen vorwiegend innerhalb von Halle zu Investitionen führen. Dar-

über hinaus werden Investitionen in Finanzanlagen u. a. für den Erwerb von weiteren Anteilen an der Beteiligungsgesellschaft TEE getätigt.

Um die Versorgungssicherheit jederzeit zu gewährleisten, wird es in den Folgejahren bei den Verteilnetzen weitere Investitionen geben. Schwerpunkte bilden Ersatz- und Erweiterungsmaßnahmen im Strom-, Gas- und Fernwärmenetz.

Durch das Projekt „KWK 35“ werden darüber hinaus umfassende Investitionen in die Kraftwerksstandorte geplant. Ein Bestandteil des Projektes ist der Bau eines Energie- und Zukunftsspeichers, welcher eine stärkere Entkoppelung der Kraftwerkserzeugung vom Wärmebedarf ermöglicht und so wesentlich zur Flexibilisierung und Marktanpassung der Erzeugungsstrukturen beiträgt.

Im **Geschäftsfeld Wasser und Entsorgung** liegt der Schwerpunkt der Investitionen in der Abwasserentsorgung und dort in den Teilbereichen Kanalnetz, Kläranlagen und Grundstücksanschlusskanäle.

Die Investitionen des **Geschäftsfeldes Mobilität** werden im Wesentlichen durch die Maßnahmen im Rahmen des Stadtbahnprogrammes bestimmt, hierin enthalten sind Zuschüsse von ca. 36,8 Mio. EUR.

Im **Geschäftsfeld Services** sind für das Projekt „Warmes Gebäude“ Investitionen in Höhe von 7,9 Mio. EUR vorgesehen, mit denen eine Erneuerung und der anschließende Betrieb von Wärmeerzeugungsanlagen in Liegenschaften der Stadt Halle (Saale) vorgesehen ist. Unser Freizeitbad Maya mare plant die Errichtung eines neuen Sauna-Ruhehauses mit Investitionsmitteln von 0,6 Mio. EUR. Die in 2017 begonnene Investition in eine neue Telekommunikationsanlage für die Stadtwerke-Gruppe setzt unser IT-Dienstleister in 2018 mit geplanten Finanzmitteln in Höhe von 0,5 Mio. EUR fort.

Für das Geschäftsjahr 2018 planen wir ein **Konzernjahresergebnis** vor Steuern in Höhe von 12,4 Mio. EUR.

Halle (Saale), den 18. Mai 2018

Geschäftsführung


Matthias Lux
(Vorsitzender)


René Walther

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

DOKID.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Vordrucke ganz oder teilweise nachzudrucken bzw. auf fotomechanischem oder elektronischem Wege zu vervielfältigen und/oder zu verbreiten.
© IDW Verlag GmbH · Tersteegenstraße 14 · 40474 Düsseldorf

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenerstattung verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenerstattung nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbelegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbelegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.